

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23.

Dienstag, den 28. Januar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Fichte an Bülow.

Als Preußen vor hundert Jahren von der Strafe für seine verlogene und verräterische Schacher- und Raubpolitik nach außen und für seine erbärmliche Miswirtschaft im Innern erlöst worden war, als das feige Junkerpack vor Napoleon zu Kreuze gekrochen oder mit dem furchtsamen König bis in die äußerste östliche Ecke des Staates geflüchtet war, mußte sich Berlin mehrere Jahre lang eine französische Besatzung gefallen lassen. Aber die französischen Soldaten vor hundert Jahren behandelten die Berliner Bevölkerung humaner als die preussischen Schutzleute die Arbeiterchaft Berlins heutzutage behandeln. Es ist nichts davon bekannt geworden, daß die Franzosen damals Treibjagden auf die Berliner veranstaltet haben, wohl aber haben sie zur großen Freude des bis dahin von der preussischen Junkersippe ausgelegenen Volkes die Brotpreise herabgesetzt, die Preise für Brennmaterialien verbilligt, die Salzverwaltung zugunsten der Armen verbessert, die preussischen Invaliden sichergestellt und die Besten kräftiger als unter preussischem Regime zu den Steuern herangezogen. Sogar der preussische König mußte das Verhalten der Franzosen anerkennen, und in einem Briefe schrieb er an Napoleon: „Ich begrüße die Lobspriecher, die Ihr edles Verhalten verdient hat, ich weiß die Gefühle zu würdigen, die es Ihnen diktiert hat, und ich empfinde ein wahres Vergnügen, Ihnen dafür zu danken.“

Ja, die Franzosen gingen noch weiter: sie ließen im Winter 1807/08 jeden Sonntag einen der unerfrohensten deutschen Revolutionäre in einem staatlichen Gebäude unter den Linden, der Akademie, leidenschaftliche Reden zur Aufwühlung des preussischen Volkes halten, auf daß es sich ermanne, das französische Joch abzuschütteln. Sie hätten Fichte — um ihn handelt es sich — natürlich mit leichter Mühe einen Hochverratsprozeß an den Hals hängen und auf die Festung oder ins Zuchthaus schicken, sie hätten ihn sogar ohne viel Federlesens förmlich lassen können. Sie taten es nicht. Das brutale Mundtotmachen unterjochter, unterdrückter und betrogener Minoritäten überließen sie den deutschen Fürsten, als diese wieder durch das Blut des deutschen Volkes von dem französischen Alpdruck befreit worden waren, überließen sie der preussischen Reaktion, die sich in den nachfolgenden hundert Jahren weidlich dafür schadlos gehalten hat, daß sie einige Jahre hindurch von den Franzosen an der unbarmerzigsten Ausbeutung und gewalttätigen Knechtung des preussischen Volkes gehindert worden war.

Fichte redete. Offen und furchtlos schleuderte er seine Redefackeln in das Volk, auf daß die dort das Feuer der Begeisterung, der Empörung gegen die Unterdrückung der Freiheit und Menschenwürde entzündenden sollten. Und was Fichte damals zur Anfeuerung der Massen und zum Lobe der Freiheit und des Mannesmuten gesagt hat, das hat auch heute noch seine Bedeutung, das muß gerade in diesem Jahre, in dem die „Reden an die deutsche Nation“ ihren hundertsten Geburtstag feiern, und — in dem ein deutscher Reichskanzler, ein angeblicher Fichteschwärmer, dem preussischen Volke die Mündigkeit abzuspreden wagt, wieder einmal aus der Vergessenheit ans helle Tageslicht gezogen werden.

Fichte, der von unseren Afterspatrioten in ihrer Ignoranz und Anmaßung so gern als einer der ihrigen ausgegeben wird, war weit entfernt von jenem kläglichen Patriotismus, der gehorlich alles entgegennimmt, was von oben kommt, selbst die Fußtritte, der sich bescheiden duckt vor künstlich konstruierten Autoritäten, der eine eigene Meinung nicht zu äußern wagt, sobald sie der Vorgesetzten zuwider zu laufen scheint. Volk und Vaterland haben für Fichte überhaupt nur Bedeutung „als Träger und Unterpfand der irdischen Ewigkeit und als dasjenige, was hienieden ewig sein kann“; das liegt aber „weit hinaus über den Staat im gewöhnlichen Sinne des Wortes, über die gesellschaftliche Ordnung“. Diese sind nur „Mittel, Bedingung und Gerüst dessen, was die Vaterlandsliebe eigentlich will, des Aufblühens des Ewigen und Göttlichen in der Welt, immer reiner, vollkommener und getroffenener im unendlichen Fortgange. Eben darum muß diese Vaterlandsliebe den Staat selbst regieren, als durchaus oberste, letzte und unabhängige Behörde, zuvörderst indem sie ihn beschränkt in der Wahl der Mittel für seinen nächsten Zweck, den innerlichen Frieden.“ Als das erste Stück, „in Rücksicht dessen die Vaterlandsliebe den Staat selbst regieren muß“, bezeichnete Fichte: „daß ein ursprüngliches Volk der Freiheit bedarf... und daß es in keiner Fortdauer einen immer höher steigenden Grad derselben ohne alle Gefahr erträgt.“

Die wahre Vaterlandsliebe muß sodann dem Staate einen höheren Zweck setzen, „den den gewöhnlichen der

Erhaltung des inneren Friedens (!), des Eigentums (!), der persönlichen Freiheit, des Lebens und des Wohls aller“. Und mit herzerfrischender Kaltblütigkeit leistet sich Fichte im Anschlusse daran diese Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen: „In der Erhaltung der hergebrachten Verfassung, der Gesetze, des bürgerlichen Wohlstandes, ist gar kein rechtes eigentliches Leben und kein ursprünglicher Entschluß. Umstände und Lage, längst vielleicht verstorbene Gesetzgeber, haben diese erschaffen; die folgenden Zeitalter gehen gläubig fort auf der angetretenen Bahn und leben so in der Tat nicht ein eigenes öffentliches Leben, sondern sie wiederholen nur ehemaliges Leben. Es bedarf in solchen Zeiten keiner eigentlichen Regierung. Wenn aber dieser gleichmäßige Fortgang in Gefahr gerät und es nun gilt, über neue, nie also dagewesene Fälle zu entscheiden: dann bedarf es eines Lebens, das aus sich selber lebt... Nicht der Geist der ruhigen bürgerlichen Liebe der Verfassung und der Gesetze, sondern die verzehrende Flamme der höheren Vaterlandsliebe, die die Nation als Hülle des Ewigen umfaßt, für welche der Edele mit Freuden sich opfert, und der Unehle, der nur um jenes Ersten willen da ist, sich eben opfern soll.“

Es ist etwas viel auf einmal, das Fichte hier Herrn Bülow zu schlucken gibt; alle guten Staatsbürger, die die hergebrachte Verfassung lieben, sind Schlafmützen und Trottel; einer Regierung für solche Leute bedarf es nicht, Herr Bülow kann also abtreten, ohne daß der Staat in Gefahr gerät; die eigentlichen Patrioten aber sind die Sozialdemokraten, die mit ihrer verzehrenden Flamme der höheren Vaterlandsliebe den überlebten, vermorschten Plunder früherer Zeiten verbrennen wollen!

Auch die folgenden Ausführungen wird der Fichtepatron Bülow nicht an den Spiegel stecken: „Wollte man unter den mannigfaltigen und höchstverwickelten Gründen, die unser dormaliges Schicksal zur Folge gehabt haben, das, was allein und eigentümlich den Regierungen zur Last fällt, absondern, so würde sich finden, daß diese, die vor allen anderen verbunden sind, die Zukunft ins Auge zu fassen und zu beherrschen, beim Andrange der großen Zeitbegebenheiten auf sie eines nur gesucht, sich aus der unmittelbar gegenwärtigen Verlegenheit zu ziehen, so gut sie es vermochten; in Absicht der Zukunft aber nicht auf ihre Gegenwart, sondern auf irgend einen Glückszufall, der den stetigen Faden der Ursachen und Wirkungen abbrechen sollte, gerechnet haben. Aber dergleichen Hoffnungen sind betrügerisch.“ Das wird sich inzwischen auch schon öfter der politische Glücksritter Bülow gesagt haben. Vielleicht ist ihm auch schon ein Verständnis für die folgenden Worte Fichtes aufgedämmert: „Eine treibende Kraft, die man einmal in die Zeit hinein hat kommen lassen, treibt fort und vollendet ihren Weg, und nachdem einmal die erste Nachlässigkeit begangen worden, kann die zu spät kommende Besinnung sie nicht aufhalten.“ Fichte setzt alle seine Hoffnungen auf die Zukunft, aber er warnt davor, „eine bessere Zukunft von irgend etwas anderem zu hoffen, denn von uns selber... Die Hoffnung einer besseren Zukunft allein ist das Element, in dem wir noch atmen können.“ Gefährlich ist es deshalb, sich auch nur vorübergehend mit der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in ihrer Unfreiheit auszuföhnen, die Unterwerfung stumps für alle wahre Ehre ab: „Wir sollen unseren Geist nicht unterwerfen; so müssen wir eben vor allen Dingen einen Geist uns anschaffen, und einen festen und gewissen Geist; wir müssen erst werden in allen Dingen und nicht fortfahren, bloß leichtsinnigerweise und nur zum Scherz da zu sein: wir müssen uns haltbare und unerschütterliche Grundsätze bilden, die allem unserem übrigen Denken und unserem Handeln zur festen Richtschnur dienen... wir müssen, um es mit einem Wort zu sagen, uns Charakter anschaffen.“

Vielleicht paßt nicht jedem diese ernste Arbeit an der Befreiung des Volkes: „aber dafür können wir zur Zeit nicht sorgen, uns treibt die Not, und wir müssen eben sagen, was diese uns zu sagen gebietet. Wir ringen ums Leben; wollen Sie, daß wir unsere Schritte abmessen, damit nicht etwa durch den erregten Staub irgend ein Staatskleid bestaubt werde? Wir gehen unter in den Fluten; sollen wir nicht um Hilfe rufen, damit nicht irgend ein schwächerer Nachbar erschreckt werde?“

Damit hat der Fichtewerhrer Bülow auch eine Rech-

fertigung der Straßendemonstrationen des Proletariats durch Fichte!

Und wenn die Gewarnten nicht hören wollen? Wenn sie gar gegen die unwillkommenen Freiheitskämpfer Maßregeln ergreifen? „Soll denn nun wirklich einem zu Gefallen, dem damit gedient ist, und ihnen zu Gefallen, die sich fürchten, das Menschengeschlecht herabgewürdigt werden und versinken, und soll keinem, dem sein Herz es gebietet, erlaubt sein, sie vor dem Verfall zu warnen? ... was wäre denn nun das höchste und letzte, das für den unwillkommenen Warner daraus erfolgen könnte? Kennen Sie etwas Höheres denn den Tod? Dieser erwartet von uns ohnedies alle, und es haben von Unbeginn der Menschheit an Edle um geringerer Angelegenheiten willen — denn wo gab es jemals eine höhere als die gegenwärtige? — der Gefahr getrogt. Wer hat das Recht, zwischen ein Unternehmen, das auf diese Gefahr begonnen ist, zu treten?“

So kühl und schlicht und doch so tapfer erklärt sich Fichte bereit, für sein Ideal, für die Erköpfung der Freiheit auch sein Leben einzusetzen!

Und diesem Manne will der deutsche Reichskanzler des Arbeitertruges und des Wahlrechts ein Denkmal setzen. Schon die bloße Absicht ist eine Denkmalschändung! Herr Bülow soll zuvor den kernfesten, treuen und unerschrockenen Fichte lesen und zu begreifen suchen. Vielleicht kommt ihm dann selbst langsam die Erkenntnis, daß man Fichte am besten ehrt, wenn man in seinem Sinne handelt.

In seinem Sinne wirkt aber heute nur die Sozialdemokratie, die klassenbewußte Arbeiterchaft. Und dieser sucht Fürst Bülow die freie Betätigung und die schöpferische Mitarbeit an der Hebung des Volkes und des Vaterlandes mit den kläglichsten Mitteln und Ränken unmöglich zu machen.

Aber das Proletariat fürchtet nicht Herrn Bülow, noch irgend einen — um nochmals mit Fichteschen Worten zu reden — deutschen aufgeblähten Edelmann ohne Sitten und mit Rohheit und frechem Übermut“, den ihm etwa die Zukunft in den Weg stellen sollte. Das Proletariat kennt seine historische Aufgabe, die es allen Reaktionen zum Trotz erfüllen wird. Von den deutschen Arbeitern wird „dargestellt werden“, was Fichte dereinst vom deutschen Bürgertum erwartete: „ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Neue Bedenken gegen die Zigarren-Banderole.

Von den Verteidigern des Banderoleprojekts für Zigarren werden zwei gleichartige Besteuerungsformen als Beweis für die leichte Durchführbarkeit des Projekts mit Eifer angeführt, und zwar: 1. das amerikanische Banderoleprojekt; 2. die in Deutschland seit zwei Jahren eingeführte Banderole für Zigaretten und Zigarettentabak. Neben den bisher von sachmännischer Seite angeführten Argumenten gegen die Banderole für Zigarren veröffentlicht die „Süddeutsche Tabakzeitung“ in ihrer letzten Ausgabe neue schwerwiegende Bedenken. Man darf nämlich nicht außer acht lassen, daß der Amerikaner nur ganz frische Zigarren und Zigaretten raucht, während der Deutsche bekanntlich ebenfalls frische Zigaretten, aber nur gut abgelagerte Zigarren konsumiert.

Die Folge davon ist, daß die deutschen Zigarren eine um drei bis sechs Monate längere Lagerzeit erforderlich machen, bevor sie in die Hände der Konsumenten gelangen. Diese Lagerzeit erhalten sie jetzt in der Regel beim Zigarrenhändler. Welchen Einfluß hätte nun in dieser Beziehung die Banderole? Soll die Banderole vom Händler beim Empfang der Ware, also ohne Gewährung eines Zahlungsziels bezahlt werden? Dies wird dem größten Teile der Händler unmöglich sein, da diese durchschnittlich zu schwach fundiert sind, um solche Vorauszahlungen zu leisten. Selbst wenn aber dieser Modus eingeführt würde — wir bezweifeln die Möglichkeit von dessen Durchführung — dann bliebe den Händlern nur der eine Ausweg, von den Fabrikanten die Lieferung vollkommen konsumreifer, d. h. 3-6 Monate gelagerter Ware zu fordern und diese Ware nur in kleinen Mengen, sozusagen von der Hand in den Mund zu kaufen. Dieses Einkaufssystem ist bei den Zigaretten gang und

gäbe, aber nur aus dem vorerwähnten Grunde, bei dieser Gattung möglichst frische Ware zu haben.

Der Zigarettenfabrikation bliebe also, wie die „Süddeutsche Tabakzeitung“ behauptet, nur die Alternative, entweder die Banderolegebühr ebenso wie die Ware durchschnittlich 7 1/2 Monate zu kreditieren, oder ein ständiges Lager von fertigen Fabrikaten für durchschnittlich vier Monate zu unterhalten. Das hieraus resultierende Mehrerfordernis an Betriebskapital beträgt im günstigsten Falle 20 Prozent, im ungünstigen Falle 35-40 Prozent. Von den kleinen und mittleren Fabrikationsbetrieben sind mindestens 80 Prozent diesen Ansprüchen nicht gewachsen. Deren Inhaber wären die ersten Opfer der Banderoleprojekte.

Es versteht sich, daß hier die Tabakzeitung übertreibt. Nicht die Inhaber der kleinen und mittleren Fabriken, sondern deren Arbeiter wären die ersten Opfer, womit natürlich nicht geleugnet werden soll, daß auch für diese Unternehmer die neue Steuer große Lasten mit sich bringen würde.

Über die „Kriegsteilnehmer“ in Deutsch-Ostafrika ist nach dem „Reichs-Anzeiger“ folgendes bestimmt worden:

1. Der Anfang August 1905 ausgebrochene Aufstand in Deutsch-Ostafrika ist mit dem 18. Februar 1907 als beendet anzusehen.

2. Als Kriegsteilnehmer sind diejenigen Deutschen anzusehen, welche während der Dauer des Aufstandes

a) an einem Gefecht teilgenommen haben, b) in den Aufstandsgebieten Dar-es-Salam, Mohoro, Kilwa, Lindi, Songea, Neu-Langenburg, Mchenge, Iringa, Mpapua, Morogoro, Moschi und Muansa mindestens einen Monat in fortlaufender Zeit militärische Verwendung gefunden haben.

3. Jedes der Jahre 1905, 1906 und 1907 ist als Kriegsjahr anzurechnen, sofern die Voraussetzungen unter 2a oder 2b in jedem dieser Jahre zutreffen. Hat die Beteiligung in den Jahren 1905 und 1907 bzw. 1907 zusammen mindestens einen Monat in fortlaufender Zeit betragen, so ist dasjenige Jahr, in das die längere Beteiligung fällt, als ein Kriegsjahr anzurechnen, sofern keines der beiden Jahre bereits sonst als Kriegsjahr zu erhöhtem Anseh kommt.

Die Maulwürfe der Reaktion.

Es gibt immer auch außer Bülow noch zahlreiche Leute, welche die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstehen und denen es besonders Vergnügen macht, gegen die Zeitströmung zu schwimmen. Während die Bewegung für die Erziehung des preussischen Dreiklassenwahlgesetzes durch das Reichstagswahlrecht von Tag zu Tag im Wachsen ist und auch mehr und mehr verständige Kreise ergreift, halten gewisse Kreise die Zeit für günstig, das Wahlrecht im Reichstage rückwärts zu revidieren. Die Redaktion einer in Charlottenburg erscheinenden, in weiten Kreisen unbekanntem Zeitchrift „Aristokratie“ teilt einer Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten in einem Anschreiben mit, daß in ihrem Organ eine Untersuchung des Prof. G. Herman erscheinen wird, „über eine gerechte aristokratische Ergänzung des ungerade demokratischen Reichswahlrechts, soweit eine solche im Verwaltungsweg ohne Änderung der Verfassung durchgeführt werden kann.“ Die Empfänger des Schreibens werden sodann ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

Widerstreitet es dem geltenden Reichswahlrecht: 1. wenn die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Wahlkreise, nach Maßgabe der letzten Volkszählung dadurch erreicht würde, daß die Selbstverwaltungskörperchaften (Landtage, Provinziallandtage, Bezirksausschüsse usw.) zu Reichswahlkreisen erklärt würden?

2. wenn allen juristischen Personen (eingetragenen Firmen, Gesellschaften, Stifungen, Vereinen usw.) ein besonderes aktives Wahlrecht verliehen würde, da sie doch auch besonders besteuert werden?

3. wenn alle nicht gültig oder gar nicht abgegebenen Stimmen der eingetragenen Wähler aller Wahlkreise vom Fiskus nach bestehendem Gesetz als herrenloses Gut konfisziert und einem dem Fiskus genehmer Wahlkandidaten als „iskalische Stimmen“ zugeführt würden?

Der Parteimitarbeiter der freisinnigen Volkspartei, dem wir diese Mitteilung entnehmen, beantwortet alle drei Fragen mit Ja. Er hat recht auch darin, daß die darin entworfenen Ideen konfus sind. Weshalb wir davon Ratig nehmen, ist die unverkennbare Art, mit der die „Frei. Ztg.“ die Sozialdemokratie für diese Maulwurfsarbeit der Reaktion verantwortlich macht, im besonderen die Straßendemonstrationen, die den Blockspiegeln gar arg in die Glieder gefahren sind. Das edle Freisinnblatt knüpft an die Mitteilung die Bemerkung: „Aber der Vorgang zeigt doch wieder einmal deutlich, auf welchen Mühlen die sinnlose Agitation der Sozialdemokraten das Wasser leitet.“

Die Herren, die sich so sehr über die „sinnlose Agitation“ der Sozialdemokratie erboten, sollten sich einmal überlegen, auf welchen Mühlen sie schon so lange Wasser geleitet haben. Wer der Reaktion so schädliche Handlangerdienste leistet, wie die „Frei. Ztg.“ schon seit Eugen Richters Zeiten, der wird nur ausgelacht werden, wenn er sich beklagt, daß andere der Reaktion Vorhut leisten sollen, die seit Jahrzehnten im erbitterten Kampf gegen dieselbe stehen.

Die Wirtenschaft gegen den Kolonialschwindel.

Während der Reichstagswahlkampagne und nach der Rückkunft Dernburgs aus Ostafrika veruchten uniere Kolonialinteressen dem Volke die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit unserer Kolonien in den rosigsten Farben auszumalen. Da es mit dem Kaffeebau und Kakao-bau usw. nichts ist, hat man in erster Linie die Möglichkeit einer gewaltigen Baumwollproduktion vorgeplündert. Selbst einige Genossen sind auf den Schwindel hinabgelassen. Demgegenüber verdient die Auslassung eines kolonial-wissenschaftlichen Organs über die Produktionsmöglichkeit von Baumwolle in Ostafrika besonders hervor-

gehoben zu werden. Der „Pflanzer“, ein Organ, das als „Ratgeber für tropische Landwirtschaft“ vom Biologisch-landwirtschaftlichen Institut Anani (Deutsch-Ostafrika), also von einer amtlichen Stelle, herausgegeben wird, veröffentlicht aus der Feder eines der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Station, J. Vosselers, hochinteressante Angaben über die viel gepriesenen Baumwollpflanzungen bei Sabani. Diese bald unter unabwendbarer Mäße, bald unter Dürre, vor allem aber auch unter allerhand Seuchen leidende Baumwollkultur solle jetzt dadurch in die Höhe gebracht werden, daß man durch einen 32 Kilometer langen Zuleitungskanal für Bewässerung sorgen wolle. Gelingen es aber wirklich, die Dürre zu bekämpfen, so habe man noch gar nicht die Frage ins Auge gefaßt, wie dem ebenso schädlichen periodischen Wasserüberfluß entgegengetreten werden könne.

Wichtiger aber ist, was Vosseler über die Zukunft der ostafrikanischen Baumwollkultur überhaupt sagt:

Man wird mit Recht entgegenhalten, daß der Baumwollbau auch in anderen Ländern mit allerhand Schwierigkeiten zu rechnen habe und dennoch blühe und sich ausbreite, daß das so häufig zum Vergleich herangezogene Ägypten ebenfalls von Schädlingen und Krankheiten heimgesucht sei. Das soll keineswegs verkannt sein. Nur vergesse man dabei nicht den Unterschied zwischen den Verkehrs-, Klima-, Bodenverhältnissen dieser Hauptproduktionsländer und den deutsch-ostafrikanischen, und die Verschiedenheit der Intelligenz und Leistungsfähigkeit der unentbehrlichen eingeborenen Hilfskräfte in Betracht zu ziehen. Wenn in Ägypten auch tierische und pflanzliche Plagen auftreten, so kann dagegen eine kostreiche, verständige und fleißige Bevölkerung ins Feld geführt werden, selbst zwangsweise; die Witterung aber läßt sich dort voraussehen, der berechenbare Mangel an Niederschlägen ein für allemal durch Bewässerung ausgleichen. Auch in den übrigen Baumwollstaaten steht dem Pflanzer wenigstens die Zuverlässigkeit des einen oder anderen Verkehrs zur Seite. Das Bedenkliche für Neuanlagen in der Küstengebiet der zwei Regenzeiten, also im Norden der Kolonie besteht dagegen gerade in der absoluten Unzuverlässigkeit des Wetters und der Hilflosigkeit gegen die fast unausbleiblichen Seuchen. Gegen eine dieser Naturmächte läßt sich ankämpfen, gegen beide zugleich auf die Dauer kaum.

Und gerade im Interesse der Baumwollkultur sollen in den nächsten Jahren die auf Hunderte von Millionen sich belaufenden Ausgaben für Eisenbahnen und andere Verkehrswege gemacht werden, die bereits offiziös angekündigt worden sind!

Bernünftige Ansichten.

Dieser Tage fand beim Großherzog von Hessen ein parlamentarischer Abend statt, an dem auch einige sozialdemokratische Abgeordnete teilnahmen, darunter auch Genosse Ulrich. Ulrich hatte zufällig in Berlin den Straßendemonstrationen am 12. Januar beigewohnt. Der Großherzog erklärte das Vorgehen der Berliner Polizei und ihr Verhalten bei den Straßendemonstrationen für allgemein berechtigt. Interessant gestaltete sich die Debatte, als Minister Braun hinzukam. Ulrich erwähnte, es sei nicht ausgeschlossen, daß eventuell auch in Darmstadt die Arbeiter demonstrierend vor das Schloß ziehen. Minister Braun zeigte sich absolut nicht bestürzt und erwiderte, daß gegen die Demonstrationen als solche so lange nichts einzuwenden sei, als sie in voller Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Der Polizei falle das Recht zu, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Interessant war, daß der Großherzog dieser Ansicht des Ministers nichts entgegensetzte.

Diese Äußerungen des Ministers sind in halbwegs demokratischen Ländern nicht besonders auffallend. Gegenüber Preußens Haltung müssen freilich sie besonders vermerkt werden, ebenso wie die anscheinende Zustimmung des Großherzogs. Bekanntlich steht der Großherzog mit solchen Ansichten unter seinen Klassengenossen durchaus nicht allein. Auch die Habsburger und Wittelsbacher haben die Notwendigkeit und Unausführbarkeit der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, der fortschreitenden Demokratisierung erkannt, und in Österreich wird heute das Recht auf die Straße durchaus respektiert. Gerade von Franz Josef ist es bekannt, daß er das Verlangen der Scharfmacher nach blutiger Unterdrückung friedlicher Demonstrationen stets zurückgewiesen hat. Vielleicht würde es sich empfehlen, wenn die süddeutschen Fürsten mit dem österreichischen Kaiser eine Art Wahlrechtsliga zur Aufklärung milder erhaltener und einsichtiger Standesgenossen begründen würden. Wir versprechen uns davon immer noch mehr als vom Wahlrechtsauschuß der Müller, Fischbeck und Wiemer.

„Reserve-Steuerpläne.“

Das Branntweinmonopol ist, wie die Münchener „Allgemeine Zeitung“ hört, im Bundesrat mit unbedeutenden Änderungen angenommen worden. Der Entwurf soll bereits am 28. d. M. dem Reichstage zugehen.

Über Reserve-Steuerpläne wird dem national-liberalen „Hannoverschen Courier“ aus Berlin folgendes berichtet:

„Am Reichsschatzamt sind jetzt nicht nur die Spiritusvorlage und die Zigarettenbändersteuer neben den Ausführlingsbestimmungen, sowie die sogenannte Veredelung der Matrikularbeiträge vollständig ausgearbeitet, sondern es sind sogar für weitere Steuerpläne Erhebungen angeordnet worden, falls der Reichstag die obigen Vorlagen nicht genehmigen sollte. Zu diesen Plänen wird unter anderen die Besteuerung der künstlichen Mineralwässer, welche von einem in der Praxis stehenden Zollbeamten vorge schlagen ist, gerechnet, obgleich der Konsum derselben besonders erst gewachsen ist, seitdem die Antialkoholbewegung einen so großen Umfang angenommen hat. Da aber der Verkaufspreis der künstlichen und halbnatürlichen Mineralwässer teilweise eine ganz ungerechtfertigte Höhe angenommen hat, dürfte es unbedenklich sein, von diesen Wässern, wenn sie keinen gewissen Preis überschreiten, eine entsprechende Abgabe zu erheben. Für den Umfang des Konsums dieser Wässer und über die Herstellung-

und Verkaufspreise derselben wird das Material jetzt zusammengetragen, welches zunächst einer Eichung und Prüfung unterliegt, bevor dasselbe zu einem Gesetzentwurf vervollständigen kann, wenn die anderen Steuervorschläge vom Reichstage abgelehnt werden sollten.“

Das Reichsschatzamt hat ohne Zweifel noch andere Reserve-Steuerpläne. Au freiwilligen Mitarbeitern bei der Steuerliche fehlt es ihm in den Reihen der reaktionären Parteien ja auch nicht. Vielleicht wird es ihrer sogar sehr bedürfen, denn vorläufig ist noch recht fraglich, ob die „Hauptstücke“ der neuen Stengelschen „Reichsfinanzreform“, das Spiritusmonopol und die Bänderrolsteuer für Zigaretten, Aussicht auf Annahme haben.

Abänderung

des preussischen Einkommensteuergesetzes.

Im preussischen Dreiklassenparlament hat das Zentrum einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht wird, noch in der laufenden Session einen Antrag einzubringen, durch den 1. Die Bestimmungen des § 19, welcher die Grundlagen für Steuerermäßigungen schafft, erheblich weiter ausgebaut werden, insbesondere a) die Grenzen, innerhalb deren hier Steuerermäßigungen vorgesehen sind, erweitert werden, b) der pro Kopf der unterhaltsbedürftigen Familienangehörigen abzugsfähige Betrag von 50 Mark, den Kosten der Lebenshaltung entsprechend, wesentlich erhöht, und die Zahl der Familienangehörigen in weiterem Maße berücksichtigt wird; 2. für die durch vorstehende Abänderungen verursachten Ausfälle durch schärfere und weitere Ausgestaltung der Progression (§ 7) ein Ausgleich geschaffen wird. — So weit, so gut. Der Freikonservative v. Zedlitz, dessen Partei sonst dem Zentrumsantrage beigetreten ist, erklärt jedoch in der „Freikonservativen Korrespondenz“, daß bei dem Antrage angeregt werden soll, die Deklarationspflicht auf Einkommen unter 3000 Mark bis auf Einkommen von 1500 Mark zu erstrecken! Das wird besonders die kleinen Handwerker und Kaufleute sehr erfreuen, die ihr Herz an die Konservativen gehangen haben.

Ein Geldstück der preussischen Regierung.

Wie aus Plegitz gemeldet wird, hat die dortige Regierung soeben eine Verfügung gegen die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Berlin erlassen mit der Begründung, daß diese neuerdings eine „der christlichen Lehre und Kirche entgegenge setzte Stellung“ einnehme. Die Regierung warnt vor jeder Unterstützung der Gesellschaft durch Beiträge und Bücherentnahme.

Gegen die Verbreitung von Volksbildung sind die preussischen Behörden stets gewesen. Die Gesellschaft erhält ganze Bibliotheken, gab im laufenden Jahre etwa 130 000 Bücher unentgeltlich ab und stellt populär-wissenschaftliche Wanderbibliotheken zur Verfügung. Darunter soll man nun Bücher von Revolutionären, von Darwin, Haedel, Bölsche, Strauß, David, Harnack gefunden haben. Diese gelangen aber nicht einmal direkt an die Bibliotheken, sondern sie haben völlig freie Auswahl aus den Katalogen.

Diese Warnung ist ein würdiges Gegenstück zu der kürzlichen Maßregel der Regierung, daß die freireligiöse Gemeinde in Breslau eine Erbschaft von 30 000 Mark nicht annehmen dürfe.

Rußland.

„Zumunität“. Genosse Surkow, Mitglied der sozialdem. Dumafraktion, der dieser Tage aus der Provinz zurückkehrte, erstattete der Fraktion Bericht über die Ergebnisse seines Aufenthaltes im Kreise seiner Wähler im Gov. Kostroma. Als die Arbeiter des Fabrikdorfes Sereba von der Ankunft ihres Dumaabgeordneten erfuhr, ersuchten sie ihn, von der Tätigkeit der Duma zu berichten. Es versammelten sich etwa 300 Arbeiter, worauf die Fabrikadministration die Polizei in Kenntnis setzte. Im Nu sprengten Kosaken heran und die Menge begann. Viele Arbeiter wurden verwundet, die übrigen flüchteten. Der Abgeordnete selbst rettete sich durch die Flucht, und mußte sich eine ganze Nacht in einem Schneehaufen versteckt halten. Am folgenden Morgen wurde er auf der Bahnstation verhaftet und nur nach Feststellung seiner Person auf freien Fuß gesetzt.

Persien.

Erste Unruhen sind in Täbris ausgebrochen. Seit gestern morgen tobt ein heftiger Kampf zwischen den Parteien. Unter den Verwundeten befinden sich mehrere Personen, die die Straße betreten hatten, ohne an dem Kampfe teilzunehmen. In der Stadt finden Plünderungen statt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 28. Januar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Brücke verhängt ist.

Zuzug nach der Grevesmühlener Maltzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

14 000 Mk. unterschlagen. Auf dem hiesigen Hauptpostamt herrichte seit Freitag eine große Aufregung. In diesem Tage ging an die Rostocker Bank ein Wertpaket ein mit 400 000 Mark. Das Paket nahm ein Beamter in Verwahrung, um es am andern Tage der Reichsbank zu überweisen. Bei der Feststellung des Betrages fehlten an den 400 000 Mk. 14 Tausend marktheine. Es wurde sofort festgestellt, daß die äußere Umhüllung des Pakets beschädigt war. Die Reichsbank stellte ferner fest, daß die Blombe des Pakets durchschütten war. Außerdem wurde das Paket um 25 Gramm zu leicht gefunden, die dem Gewicht von 14 Tausendmarktheinen gleichkommen. Um diese Gewichtsdifferenz soll man sich, wie ermittelt wurde, geirrt haben. Es ist an der Umhüllung des Pakets weiter festgestellt, daß die Stempelbrände im Innern durchschnitten waren, daß sich also eine unbedenkliche Hand an dem Paket zu schaffen gemacht hat. Die sofort eingeleitete Untersuchung führte zur Verhaftung des Postassistenten Meß, der als mutmaßlicher Täter in Betracht kommt. — Weitere Meldungen des „S. Korr.“ besagen: Das Wertpaket mit einem Inhalt von 400 000 Mk. war von

der Kofstocker Bank in Kofstock an die hiesige Reichsbank ab-
geschickt worden. Das Paket kam abends an zu einer Zeit,
in der es der Reichsbank nicht mehr hat ausgeliefert werden
können. Der Beamte, der Postassistent Meß, der das Paket
auf dem hiesigen Hauptpostamt in Empfang genommen
hatte, prüfte das Gewicht und fand, daß es ein Minder-
gewicht von 70 Gramm hatte. Diese Tatsache war der Ver-
fasser des Meß. Er öffnete das Paket und entnahm dem-
selben 14 Taufendmarzscheine, verschloß es wieder gefächelt
und verpackte es während der Nacht in seinem Tresor. Am
anderen Morgen wurde das Paket der Reichsbank ausge-
händigt und diese fand, daß das Wertpaket ein Minder-
gewicht von 15 Gramm hatte. Man sah sich nun das Paket
genauer an und fand, daß die daran befindliche Blombe
zerschnitten war, auch die Siegel gebrochen und statt
der 400 000 Mk. nur 386 000 Mk. in dem Paket waren. Es
wurde nun zunächst in Kofstock festgestellt, daß die unrichtige
Gewichtsanzeige auf einen Irrtum des dortigen Beamten
zurückzuführen sei, der zwei derartige Pakete verwechselt
hatte, die Differenz der noch fehlenden 25 Gramm, sonder-
wegen genau die 14 Taufendmarzscheine, mußte danach in
Lübeck entstanden sein. Es wurden nun Ermittlungen über
das Privatleben des Postassistenten Meß angestellt, und diese
ergaben, daß er Schulden habe und gerade am Sonnabend
größere Beträge an seine Gläubiger bezahlt hatte. Meß
wurde daraufhin verhaftet, er leugnete aber beständig, das
fehlende Geld dem Paket entnommen zu haben. Anderer-
seits konnte er aber auch nicht angeben, woher er das Geld
zur Bezahlung der Schulden genommen hatte. Gestern nach-
mittag, nachdem eine Haus-suchung bei Meß erfolglos ver-
laufen war, wurde er wieder einem eingehenden Verhör
unterworfen, und da er keinen Ausweg mehr sah, räumte er
dann auch ein, die 14 000 Mk. dem Paket entnommen und
2000 Mk. zur Bezahlung von Schulden verwendet zu haben.
Die übrigen 12 000 Mk. habe er verbrannt. Meß hat im
hiesigen Regiment 13 Jahre gedient und ist verheiratet.

Die selbständigen Schuhmacher Lübeck werden am
Mittwoch abend in einer öffentlichen Versammlung im Ge-
sellschaftshaus „Monopol“ über die Lohnforderung der
Gesellen beraten.

Die Mannsche Schmühle bleibt bestehen. Die Gläubi-
ger der Mannschen Schmühle haben nunmehr endgültig
einem weiteren Betriebe der Fabrik zugestimmt. Die meisten
der Gläubiger sind hiesige Banken und mecklenburger Land-
wirte. Das angekaufte, noch zu verarbeitende Rohmaterial
hat einen Wert von etwa drei Millionen Mark. Insgesamt
betragen die Kassen nur fünf Millionen Mark.

Falsche Münzstücke sind jetzt in größerer Menge im
Umlauf. Die Stücke sind aus Silber mit einem Zusatz
von Aluminium hergestellt, sodass sie 7 Gramm leichter als echte
Stücke sind. Die falschen Münzen sind verhältnismäßig gut
ausgeführt. Die Prägung ist deutlich und sorgfältig. Sie
ist offenbar mit Hilfe irgend eines mechanischen Reproduktions-
verfahrens gemacht. Mangelhaft ist lediglich die Auf-
schrift auf dem Rande. In den hier eingetriebenen Worten
„Gott mit uns“ ist das i mangelhaft und verwischt ausge-
führt. Dieser Mangel wiederholt sich auf allen Falschstücken,
so daß sie daran leicht zu erkennen sind. Im übrigen tragen
die falschen Stücke die verschiedensten Köpfe und auch
Jahreszahlen. Es rechtfertigt dies auch die Vermutung, daß
die Stücke nach echten Münzen vervielfältigt sind. Auch der
Schmutz, der den jahrelang in Gebrauch befindlichen Münzen
anhafet, ist künstlich fast in derselben Weise hergestellt wie
bei den Münzen, die wirklich im Umlauf gewesen sind. Es
wird auch behauptet, die neuen Falschstücke fühlen sich fettig
an. Wir können dies nicht finden. Dieses Gefühl scheint
mehr eine suggestive Wirkung älterer Beschreibungen von
falschen Münzen zu sein. Wenn die falschen Münzen nur
von Hand zu Hand gegeben werden, sind sie schwer zu er-
kennen. Der Klang beim Aufwerfen weicht etwas ab.

Bevölkerungsbewegung im Monat Dezember 1907.
Die Angaben beziehen sich auf die Stadt Lübeck.)
Die Eheschließungen betragen 45 gegen 87 im Vormonat
(51 i. Dez. 1906), auf 1000 Einwohner berechnet 5,56
gegen 11,18 im Vormonat (6,43 im Dez. 1906 und 6,18 im
zehnjährigen Dezbr.-Durchschnitt.) Lebendgeburten er-
folgten 219 gegen 185 im Vormonat (233 Dez. 06), auf
1000 Einwohner berechnet 27,01 gegen 23,67 i. B. (31,89
Dez. 06 und 28,94 im zehnjährigen Dez.-Durchschnitt).
Totgeburten fanden 5 statt, im Vormonat 6 (11 i. Dez. 06.)
Unheilig geboren wurden 20 Kinder geg. 15 i. B. (52 Dez.
06). Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburten) belief
sich auf 112 gegen 123 i. B. (119 Dez. 06), auf 1000 Ein-
wohner berechnet 13,83 gegen 15,74 i. B. (15,00 Dez. 06
und 16,44 i. zehnjähr. Dez.-Durchschnitt.) Einschließlich der
Totgeburten hat die Zahl sämtlicher Geburten 224 geg. 191
i. B. (204 Dez. 06), sämtlicher Sterbefälle 117 gegen 129 i. B.
(130 Dez. 06) betragen. Der Überschuss der Geborenen
über die Gestorbenen war hiernach 107 gegen 62 i. B.
(134 Dez. 06), auf 1000 Einwohner berechnet 13,21 gegen
7,93 i. B. (16,89 Dez. 06 und 12,50 im zehnjährigen De-
zember-Durchschnitt.) Unter 1 Jahr alte Kinder starben 29
gegen 30 i. B. (31 Dez. 06), über 70 Jahre alte Per-
sonen 20 gegen 21 i. B. Unter den Todesursachen sind zu
erwähnen: Angeborene Lebensschwäche 8 (gegen 5 i. B.),
Hüfterschwäche 6 (5), Masern 3 (3), Diphtherie 0 (0), Keuch-
husten 2 (0), Tuberkulose der Lungen 15 (10), Tuberkulose
anderer Organe 3 (2), Lungenentzündung 5 (6), Krank-
heiten der Atmungsorgane 6 (10), Krankheiten der Kreis-
lauforgane 17 (22), Gehirnschlag 7 (7), Magen- und Darm-
katarrh, Brechdurchfall 7 (14), Blinddarmentzündung
4, Krebs 6 (13), Verunglückung 0 (0), Selbst-
mord 4 (2). Fast man die Gesamtergebnisse
der verfloffenen Monate des Jahres 1907 zusammen, so be-
trug vom Januar bis Dezember d. Js. die Zahl der Ehe-
schließungen 790 (778 im gleichen Zeitraum 1906), oder auf
1000 Einwohner 8,29 (8,28 1906 und 8,22 im zehnjährigen
Durchschnitt), der Lebendgeburten 2612 (1906: 2514), oder
auf 1000 Einwohner 27,39 (26,92 1906 und 29,72 im zehnjährigen
Durchschnitt), der Sterbefälle 1482 (1906: 1414)
oder auf 1000 Einwohner 15,54 (15,14 1906 und 16,88 im
zehnjährigen Durchschnitt, der Geburtenüberschub 1130
(1906: 1100) oder auf 1000 Einwohner 11,85 (1906: 11,78)
und 12,89 im zehnjährigen Durchschnitt.)

Fußpflege im Winter. Eine richtige Fußpflege im
Winter erreicht zuerst Sorge für passende Fußbekleidung.
Was die Strümpfe anlangt, so wird man natürlich den
schlechten Wärmeleiter, die Wolle, bevorzugen, jedoch sollen
die wollenen Strümpfe nicht zu dick sein, ganz verkehrt wäre
es, zwei paar wollenen Strümpfe zu tragen. Das Leder der
Stiefel braucht ebenfalls nicht dick zu sein, auch ihre Fütterung
mit Hanell ist überflüssig. Empfehlenswert sind da-
gegen doppelte Sohlen an den Stiefeln, oder gute Einlagen
von Strohhölzchen, bei feuchtem und sehr kaltem Wetter können
auch Überhübe getragen werden, die aber sofort nach dem
Betreten des Hauses abgelegt werden müssen. Der Schuh
darf nicht so fest geschnürt sein, daß er den Blutstrom in
die Haut unterbricht, wie auch das Tragen von
Strümpfbändern schädlich ist, weil dies ebenfalls
den Blutlauf hemmt. Bei Schnee und Eis emp-
fiehlt es sich, die Sohlen, namentlich älterer Leute
mit folgendem Lack zu bestreichen, um Ausgleiten zu ver-
hüten: 50 Gramm Kolophonium werden in einem Schüssel
Serpentin in einigen Tagen gelöst und in warmes Wasser

gestellt, mit einem Schüssel Benzol und 6 Schüssel Spiritus
vermischt, damit werden alsdann mit einem Pinsel oder
Wollbüsch die Sohlen einigemale bestrichen. Zur Pflege der
Abhärtung der Fußhaut sind täglich kalte Fußwäsungen
vor dem Schlafengehen und Hygienieren beim Abtrocknen sehr
zu empfehlen. Ältere oder blutarme Personen können statt
dessen auch Wechselbäder nehmen, indem sie abwechselnd die
Füße in Wasser von 35 Grad und von 15 Grad stecken oder
mit so temperiertem Wasser begießen. Im erwärmten
Zimmer darf man sogar mit unbedeckten Füßen täglich
etwas umher gehen und wenn dies am Anfang auch ungewohnt
ist, so wird man doch bald den wohlthätigen Einfluß
auf die Fußhaut wahrnehmen. Eine derartige Fußpflege ist
auch das beste Vorbeugungsmittel und Heilmittel gegen das
lästige Übel der kalten Füße im Winter.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der
Zeit vom 16. bis 23. Dez. im ganzen 288 Schiffsunfälle ge-
meldet worden. Es sind 7 Dampfer und 21 Segelschiffe total
verloren gegangen, 184 Dampfer und 76 Segelschiffe haben
Beschädigungen erlitten.

Stadttheater-Protivorium. Aus dem Theaterbureau
schreibt man uns: Die volkstümliche Vorstellung dieser
Woche, wobei jeder Platz 50 Pfg. kostet, findet Mittwoch
statt. Zur Aufführung gelangt der drahtlose Schwan
„Charleys Tante“. Donnerstag werden Richard
Wagners „Die Meisterfänger von Nürnberg“
zum letzten Male wiederholt.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende
Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist
nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck ge-
boren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervor-
gehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist,
eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbst-
ständigen Handwerkern):
 - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmittelschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so
sind außer obigen noch folgende Papiere beizu-
bringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und
Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
 - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden
ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor
dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und
wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat
der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis er-
hältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem
Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere
sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche
Angehörige des Lübeckischen Staates werden,
der mindestens in fünf einander folgenden
Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und
alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlen-
straße 1, Etage, Zimmer Nr. 8, Wertags in der Zeit von
9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staats-
angehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen ver-
schwiegerter Akten wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizu-
bringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

s. Gutin. Noch ein Stückchen vom flüchtigen
Diener Gottes. Über den flüchtigen Pastor Jaacks,
über den schon kurz berichtet wurde, werden jetzt noch viele
Einzelheiten laut. Es muß dem frommen Herrn geradezu
zum Bedürfnis geworden sein, seine Mitmenschen zu be-
trügen und zu beschwindeln. So beschwindelte er bei seiner
Abreise noch einen Malenter Schlachtermeister, der nebenbei
auch schon Gläubiger des Pastoren war, der ihn traf, wie
letzterer mit seiner Frau das Bahnhofsgebäude in Grenz-
mühlen betreten wollte. Mit Kenne-blick hatte Pastor J.
gleich gesehen, daß hier noch einige Mark für ihn zu erbeuten
wären. Daher bat er den Schlachtermeister, große Güte vor-
schützend, ihm doch 2 Fahrkarten zweiter Güte nach Ham-
burg zu lösen. Interdessen wandte Pastor J. und Frau sich
dem Bahnhof zu, wo der Zug zur Abfahrt bereit stand.
Der Schlachtermeister hatte gerade noch Zeit ihm die
Fahrkarten zu überreichen. Pastor Jaacks griff in die
Tasche, um das ausgelegte Geld zurückzunehmen. Aber
auch er hatte kein Kleingeld, und wechseln konnte der biedere
Meister nicht. Mit dem Versprechen, es ihm am Morgen
bei seiner Rückkunft wiederzugeben, dampfte Pastor J. auf
Nimmerwiedersehen mit seiner besseren Hälfte ab. Wahrscheinlich,
ein Schwindel, wie er raffinierter wohl kaum gedacht werden
kann, ausgeübt von einem ehrwürdigen Herrn. Wer den
Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. So
denken auch jedenfalls seine Gläubiger, denn sie wagen sich
gar nicht erst mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit in
der seltenen Zuversicht, daß für sie doch nichts mehr zu holen
ist. Wie geheim Pastor Jaacks übrigens seine Flucht hielt
und die Leute zu täuschen wußte, kann man daraus erkennen,
daß er noch am Vortage seiner Abreise für seinen Gebrauch
ein Schwein schlachten ließ.

Sande bei Bergedorf. Stegmüllereien sozial-
demokratischer Gemeindevertreter. Bei der
Neuwahl des Gemeindevertreters in Sande sind drei sozial-
demokratische Gemeindevorsteher für die Wiederwahl des
Herrn Maik eingetreten, während der vierte sozialdemokratische
Vertreter es vortag, der Wahl fernzubleiben. Der Sozial-
demokratische Verein in Sande hat den drei Erstgenannten
für ihr Verhalten eine öffentliche Rüge erteilt. Diese haben
darauf ihr Mandat als Gemeindevorsteher niedergelegt und
ihren Austritt aus der sozialdemokratischen Partei ange-
meldet. Sie sind der Meinung, daß sie nicht dem Sozial-
demokratischen Vereine, der sie allerdings zur Wahl emp-
fohlen, sondern der gesamten dritten Wählerklasse Rechenschaft
für ihr Verhalten schuldig sind. Es wird abzuwarten
sein, ob die Gemeindevertretung den Grund der
Niederlegung des Mandats als stichhaltig anerkennen wird.
Dieser Fall zeigt wieder, wie vorläufig die Genossen bei der
Aufstellung von Kandidaten zu den Gemeindevorsteherwahlen
sein müssen!

Altona. Der Mörder der in Hannover er-
mordeten Prostituierten Schulz in Altona
verhaftet? Am 1. Januar wurde bekanntlich in Hanno-
ver eine Prostituierte Schulz ermordet, doch blieben längere
Zeit alle Bemühungen der Kriminalpolizei, eine Spur des
Mörders zu ermitteln, ohne Erfolg. Vor etwa acht Tagen
lenkte sich nun der Verdacht auf eine bestimmte Persönlich-
keit, den angeblichen Vereiter Albert Kollez aus Kowitz, der
zur Zeit des Mordes in Hannover unter verdächtigen Um-
ständen verhaftet worden war. Die Polizeibehörden sämt-
licher größerer Ortschaften wurden sofort verständigt, es
glückte denn auch den Bemühungen der Altonaer Kriminal-
polizei vorgestern abend, den Gesuchten in Altona zu ermit-
teln und zu verhaften. Bei seiner Vernehmung vor dem

Kriminalinspektor Engel leugnete der Verhaftete natürlich
ganz entschieden die Tat begangen zu haben, aber dennoch
scheint es, als ob man den Richter erwünscht hat, denn nicht
nur, daß er sich mehrfach in Widersprüche verwickelte, es
fanden sich auch an seiner Kleidung bei der Revision Blut-
spuren, deren Herkunft er nicht erklären konnte.

Kiel. Zum Mord der Frau Bandholz. Nach-
dem alle bisherigen Verhaftungen in der Mordsache Band-
holz sich als Fehlschläge erwiesen haben, verhaftete die
Kriminalpolizei jetzt eine Persönlichkeit, die man für den
Täter halten muß. Es ist ein Russe namens Klafen, der bei
einer Herbergsrevision dem Beamten durch seine Ähnlichkeit
mit dem Einlogierer der Frau Bandholz, von dem die
letztere ermordet wurde, auffiel. Dazu kam noch, daß auch
die Kleidung des Verdächtigen zu der Beschreibung paßte
und erst Klafen eine falsche Invalidentaxe führte und auch
sonstige falsche Legitimationspapiere bei sich hatte. Klafen ist
im September als lästiger Ausländer ausgewiesen und er gibt
an, sich inzwischen ohne Arbeit in Hamburg und
Lübeck aufgehalten zu haben und erst von
dort am 22. Januar nach Kiel zurückgekehrt zu
sein. Dies ist anscheinend richtig, da er vom 22. an hier
gesehen ist, aber andererseits besteht dringender Verdacht,
daß er auch zur Zeit des Mordes sich in Kiel aufgehalten
hat. Eine in der Waiß-Straße wohnende Frau, die ihm
Sonntag nachmittag gegenübergestellt wurde, glaubt nämlich
in Klafen einen Menschen wieder zu erkennen, der am 6. Jan.
bei ihr ein Zimmer besah, das er angeblich mieten wollte, und
am 7. geschah der Mord. Auch der Hauswirt der Frau
Bandholz, sowie andere Zeugen glauben in dem Verhafteten
den Einlogierer der Ermordeten wieder zu erkennen, umso-
mehr, als auch seine Kleidung mit der des Gesuchten über-
einstimmt. Die weiteren Recherchen werden ergeben, ob man
jetzt den Mordtöter gefaßt hat oder ob wieder ein Irrtum
in der Person vorliegt.

Itzehoe. Eine Privatbeleidigungsklage
gegen den Chef der Polizei in Itzehoe, Dr.
Müller, ist im Auftrage des Arbeiters Brüggemann in Itzehoe
vom Rechtsanwalt Dr. Herz erhoben worden. Brüggemann
ist kürzlich vom Altonaer Landgericht wegen Beleidigung
des Polizeikommissars Rasch hienelbst zu einer Geldstrafe
verurteilt worden. Rasch hatte in völlig ungeleglicher Weise
eine Feilheit des Athletenklubs „Einigkeit“ aufgelöst und
die Teilnehmer aus dem Saal hinausgetrieben, was später
von Brüggemann in einer öffentlichen Versammlung scharf
kritisiert wurde. In diesen Ausführungen soll die Beleidigung
enthalten sein. Nach Einleitung des Strafverfahrens
gegen B. richtete der erste Staatsanwalt in Altona die An-
frage an die Volkseiverwaltung in Itzehoe, ob auch von ihr,
als vorgelegte Behörde des Rasch, Strafantrag gestellt
werden sollte. Darauf erfolgte seitens Dr. Müller die Ant-
wort, daß er während des in Betracht kommenden Vor-
falls in Itzehoe nicht anwesend gewesen sei und daher aus
eigener Wahrnehmung nichts befunden könne. Der Kom-
missar Rasch hätte ihm gesagt, daß den ganzen August
und die erste Hälfte des September die Sozialdemokratie,
zu deren Häuptern B. zählte, so unverehämmt gewesen sei,
daß eine Verurteilung derselben unbedingt erwünscht sei.
Wenn dieses aber der Fall, so sei ihm eine Verurteilung er-
wünscht. In dem, daß Brüggemann als einem der Häupter
der Sozialdemokratie Unverehämtheit vorgeworfen wird,
wird die Beleidigung gefunden. Man darf gespannt sein,
was bei dieser Klage herauskommt. Wenn der Fall un-
gekehrt läge und Brüggemann wegen Beleidigung des Dr.
Müller angeklagt wäre, so könnten wir schon jetzt das Er-
gebnis der Klage mitteilen.

Güstrow. Feuer. Sonnabend vormittag gegen 11 Uhr
entstand in dem an der Ecke der Eisenbahn- und der Fabrik-
straße gelegenen „Stahl- und Eisenwerk“ des Ingenieurs
Ludwig Martins ein Feuer, durch das das Maschinenhaus
mit der vor 3 Jahren neu beschafften Vertriebsmaschine zer-
stört wurde. Das Feuer entstand auf dem Boden des an
der Fabrikstraße zwischen der Gießerei und Schloßerei ge-
legenen Maschinenhauses und fand hier an den leicht brenn-
baren Stoffen (Bretter, Ritzen, altes Gerüstwerk) reichliche
Nahrung, so daß der obere Teil dieses Gebäudes vollständig
zerstört wurde. Die im unteren, massiv aufgeführten Raume
untergebracht Vertriebsmaschine ist vor allem durch die herab-
gefallenen Brandtrümmer und die ins Gebäude geworfenen
Wasserkränze beschädigt worden. In der Gießerei des
Stahlwerkes ist Freitag morgen in eine Konverter gegossen.
Wahrscheinlich sind die hell aus dem Schornstein bei der-
artigen Arbeiten aufsteigenden Funken Ursache des Brandes
gewesen.

Bremen. In seiner Landbude verbrannt ist
in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag der ca. 25jährige
ledige Arbeiter Johann Kersten, der früher in einer Brauerei,
zuletzt bei der Lagerhausgesellschaft in Arbeit stand. Der
Verunglückte hatte zusammen mit einem anderen Arbeiter in
der Neuenlander Feldmark, in der Nähe der Feigelerischen
Gärtnerei eine Parzelle gemietet. Als er in der bezeichneten
Nacht seine Wohnung aufsuchte und sein Klofen nicht ge-
hört wurde, ist er nach seiner Landbude gegangen, hat in
dem Ofen Feuer angelegt und ist dann eingeschlafen. Aus
diesem Schlaf ist er nicht wieder erwacht. Gegen 2 Uhr nachts
brannte die Bretterbude lichterloh, in der die Feuerwehre
dann nur noch den leblosen Körper des so plötzlich ums
Leben gekommenen jungen Menschen unter den verkohlten
Dolstrümmern vorfand.

Letzte Nachrichten.

Beuthen. 26. Jan. Durch herabstürzende Kohlen wurden
zwei Grubenarbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Witten. 27. Jan. Der Gemütskranke Rathagen
geriet zwischen Dattingen und Witten mit seinem Fuhrwerk
in die Ruhr und ertrank nebst seiner Frau und dem
Pferd.

Dortmund. 27. Jan. In dem nahen Scharnhorst
erstauch der Bergmann Lasnik seinen Kameraden Treks
nach einem vorausgegangenen Streit. Der Täter wurde
verhaftet.

Shanghai. 26. Jan. Piraten griffen gestern in der
Nähe von Katsching drei nach Shanghai bestimmte Boote
an, töteten vier Chinesen, verwundeten neun und schafften
eine Menge Beute fort. Truppen sind nach dem Schauplatz
abgeschickt.

Briefkasten.

C. F. M. Es ist anzuraten, daß Sie sich mit dem
Wirt dieserhalb einmal auseinandersetzen. Sollten Sie auf
diese Weise nichts erreichen, dann erlauben Sie nur Anzeige
bei der Polizei; diese wird zweifellos für Ihre Hilfe sorgen.
Wegen des Rufens können Sie nach unserer Meinung nichts
unternehmen, da dasselbe nicht mehr als Rufestäkung auf-
zufassen ist.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargemeinde
und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig: für
den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stehling.
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: F. r. i. e. d. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

7. Distrikt. Versammlung
am Mittwoch, den 29. Januar,
bei Lohrenz, Margaretenstraße.

Für die mir zu teil gewordene Unterstützung
von allen in der Kesselschmiede beschäftigten
Kollegen der L. M. G. sage ich hierdurch mel-
nen besten Dank. **L. Maack und Frau.**

2 elegante Damen-Waagen-Anzüge zu
vermieten
Kraimstraße 24, I. Ginnang Heinrichstraße.

Die Stelle eines Lagerhalters für Gutin
ist besetzt. Allen Bemerkern besten Dank.
Konsumverein für Lübeck und Umgegend.
C. G. m. b. H.

Wasserlehrling zu sof. oder Östern
unter günstigen Be-
dingungen gesucht.
Aug. Fätsch, Wakenhauer 23.

Chaiselongue von 28 Mk. an,
Klavierschrank mit Taschen v. 50 Mk. an,
Garantieren billig
Johannisstraße 41.

Ein guter Kinderwagen zu verkaufen
Gronsförder Allee 63 a.

Zwei guterhaltene Kinderwagen billig zu
verkaufen
Chausseestraße 18, I.

Chrenenerklärung.
Hiermit nehme ich die unwahren Behaup-
tungen, die ich gegen Frau Witwe Marie
Werth und Frau Kröpe'in in Vorwerk
gedrückt habe, mit Bedauern zurück und er-
kläre die Obengenannten als ehrbare Frauen.
Frau Marie Pump, geb. Michelus,
in Vorwerk.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Abreisenden
aufbewahrt und nachgeliefert werden Gegen-
stände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im
Lagerhaus u. Expeditionsgech. Fischergr. 52.

RAN

(geleglich geschützt)
In infolge seiner eigenartigen Präparation
das beste staubbundene Fußbodenöl
Ran ist ein vorzügliches Konservierungsmittel
für Holz, Linoleum, überhaupt viel betretene
Fußböden.
(Staubverminderung ca. 60-70 pCt.)

Georg Bornhöfft
Untertrave 44-45, b. d. Drehbrücke.

**Reclam's
Bibliothek**
in Taschenformat.
à Bändchen 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Schweizer Käse,
säftig und gut gelocht a Pfund 70 Pfg.
Holländer Rahmkäse 80 Pfg. Zillert
halbfett (pikant) 40 Pfg. Holsteiner 25 Pfg.

Partie geräucherte Wurst
a Pfund 90 Pfg., andere Sorten gut u.
billig bei

Fedder J. Behm,
Beckergrube 33, Ecke Fünfhausen

Von heute ab empfehle:
Prima junges fettes Quecksilber
Pfund nur 60 Pfg.
Brotentwürfel Pfund 70
Schweinefleisch Pfund 60 und 65
Kalbfleisch Pfd. 50, Kente Pfd. 60 Pfg.
sowie sämtliche Waren
zu billigen Preisen.

Wilhelm Becker
Schlachtere und Wurstmacherei,
Meierstraße 13.

Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.
(C. S. Nr. 24.)

General-Versammlung
am Freitag, den 31. Januar 1908,
abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.**

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907 und Jahresbilanz.
2. Wahlen nach § 17 des Statuts.
3. Abänderung der §§ 7, 11 u. 12 des Statuts (Beitrag u. Unterstützungssatz betr.)
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
NB. Nach Schluß der Versammlung Vorlesung der Jahres-Abrechnung der
Frauen-Stube-Kasse.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte
im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.
Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen
Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um
die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 46.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder - Versammlung
am Mittwoch, den 29. ds. Mts.,
abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1907.
2. Innere Verbandsangelegenheit.
3. Stellungnahme zur Bauarbeiter-schutz-Konferenz.
4. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch der Versammlung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Prima frische
Schnauzen und Wfoten
Pfd. 20 Pfg.

Abfallknochen Pfd. 10 Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

E. BOY, Fischhandlung
Teleph. 115.
Königsstraße 61, bei der Fleischhauerstraße.
Markthallenstand 46. Leb. holl. Karpfen,
Schleie, Hamb. Stint, Schellfische, der schöne
billige Seelachs und Kabliau ist wieder da,
Pfd. i. gg. nur 20 Pfg., i. Muscheln 22 Pfg.

Sozialdemokratischer Verein
Storfelsdorf und Umg.

Versammlung
am Dienstag, den 28. Januar,

bei Herrn Paetau in Fackenburg
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Verein „Öffentliche Leihhalle“
zu Lübeck.

Mittwoch, den 29. Januar 1908,
abends 8 1/2 Uhr,
Ordentl. Jahresversammlung
in Dölles Hotel, Kohlmarkt 7.

- Tages-Ordnung:**
1. Jahresbericht.
 2. Kassenbericht.
 3. Wahlen.
 4. Änderungen der Satzungen.
 5. Verschiedenes.

Der Vorstand
des Vereins Öffentliche Leihhalle.
Belangverein
„Eintracht“

General-Versammlung
am Mittwoch, 29. Januar,
abends 8 1/2 Uhr,

im **Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52**
Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Vorstandswahlen.
4. Bericht des Maskenballkomitees.
5. Verschiedenes.

Um zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Mittwoch, den 29. Januar.
Frieder Platz 50 Pfg.
Sündermischer Vortragsfolge!

Charleys Tante.
Schwank in 3 Akten von B. Thomas.
Donnerstag: Zum letzten Male.
Die Meistersinger von Nürnberg.
Freitag: Der Rigenmerbaron.

Dilettanten-Klub „Freiheit“ von 1906.

Großer theatralischer Abend
am Donnerstag, den 30. Januar 1908
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Zur Aufführung gelangen:
1. Töchter der Arbeit. 2. Herrenrecht.
3. Wenn man voll ist, mut man sich heiraten.
Preis a Person 25 Pfg.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang präzise 8 1/2 Uhr. Programm frei.
Kinderkarten a 10 Pfg. werden nur an der Abendkasse ausgegeben.
NB. Die Zwischenpausen werden durch Konzerte ausgefüllt.
Das Komitee.

Block-Weltgeschichte.

Der entschiedene deutsche Gesamt-Liberalismus hat nunmehr den Beschluß gefaßt, in den energischen Kampf zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen einzutreten. Zu diesem Zwecke hat er nicht nur die Herren Fischbeck und Wiemer beauftragt, unverzüglich ein Flugblatt vorzubereiten, das in nicht weniger als 10 000 Exemplaren in allen preussischen Gauen verbreitet werden soll, sondern er hat auch, wie wir erfahren, bei dem als Historiker rühmlichst bekannten Professor Quidde eine kurzgefaßte Weltgeschichte bestellt, die dazu dienen soll, die Bedeutung des block-liberalen Geistes für die Entwicklung der Menschheit ins rechte Licht zu stellen. Professor Quidde stellt sich in diesem, uns bereits auszugswiese bekannt gewordenen Lehrbuch auf die höchste Warte. Er verkennt nicht, daß die Weltgeschichte im allgemeinen und die deutsche Geschichte im besonderen bisher für die mitwirkenden Personen einige Unzuträglichkeiten — man denke nur an den dreißigjährigen Krieg — gehabt hat. Aber im ganzen kann der Gelehrte doch einen stetigen, frostsicheren Aufstieg der Bevölkerung zur ganzen Höhe des modernen Blockliberalismus feststellen. Wie hoch erhebt sich der Verfasser über die engherzige Auffassung der Sozialdemokratie, die in der Geschichte eine bloße Auseinanderreißung von wilden Klassenkämpfen erblicken will. Quidde erleuchtet zum ersten Male die Ereignisse unter dem Gesichtspunkte der Paarung widerstrebender Interessen. Vielleicht ist es zu enthusiastisch gedacht, daß unter Historiker eine neue Zeitrechnung vom Dezember 1906 und der Gründung des Blockliberalismus datieren möchte. Aber so viel kann man dem Professor Quidde zugeben, daß, wenn sich die Idee und die Praxis des entschiedenen Liberalismus schon einige tausend Jahre früher durchgesetzt hätte, den Menschen viele peinliche Erfahrungen und Mißheiligkeiten erspart geblieben wären. Der große erhebende Gedanke, von dem das Quiddesche Geschichtswerk getragen ist, besteht darin, daß die Menschen nur auf eine einzige Weise Niederlagen zu vermeiden imstande sind; nur dann, wenn sie gar nicht erst in den Krieg ziehen, sondern sich vorher mit ihren Gegnern p a a r e n, wird die beschämende Erscheinung aus der Welt verschwinden, daß Personen, Parteien, Völker, Rassen Niederlagen erleiden. Aus dieser Grundanschauung folgt die andere, daß Quidde überall den Todfeind einer ruhigen Entwicklung in der doktrinären Halsstarrigkeit aufscheucht, mit der verbotene Parteien und Menschen ihrer Theorie und ihren sogenannten Grundsätzen zuliebe dem Unerreichten nachjagen und somit das Erreichbare, nämlich den Verzicht auf ihre Forderungen, veräußern.

Um ein Bild von der eine Fülle der Aufklärung bringenden ganz neuen Art der Geschichtsschreibung zu geben, wollen wir nachstehend einige Proben aus den Auswüchsen dieses entschieden liberalen Werkes der Öffentlichkeit übermitteln.

Die Geschichte des Christentums zeitigte von Anfang an schlimme Angelegenheiten. Wenn römische Kaiser christliche Männer und Frauen den wilden Tieren vorwarfen, wenn ein hervorragender Monarch, wie Nero, sich bürgertümlich sah, eine größere Anzahl von christlichen Mitbürgern mit Pech bestreichen und auf öffentlichen Plätzen anzünden zu lassen, so mag das fühlende Herz der heutigen Menschheit diese schmerzlichen Erlebnisse der Christen beklagen. Aber es wäre sehr verfehlt, den römischen Cäsaren einen Vorwurf daraus zu machen. Es zeigte sich eben hier wieder einmal diese oft verhängnisvolle Verantwortung von Menschen, die, in aufrührerischen Ideen befangen, keinen Sinn für die Realitäten der Dinge

haben. Wären die christlichen Elemente nicht von Hezern und Rebellen bedrückt worden, so wäre es ihnen leicht geworden, mit der nun einmal herrschenden heidnischen Staatsreligion einen billigen und gerechten Ausgleich zustande zu bringen. Die römischen Kaiser waren verpflichtet, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Es war den christlichen Aposteln verboten, ihre Lehre auf die Straße zu tragen, und wenn sie es dennoch taten, so hatten sie sich eben selbst das Pech zuzuschreiben, in dem sie dann die unerlöschliche Autorität des Kaisertums beleuchteten. Für die weitere Entwicklung der Geschichte war dieser Eigenfinn der Christen von unheilvollen Wirkungen. Es ist viel Blut darum geflossen, weil die Anhänger der neuen Lehre nicht so viel Verständnis besaßen, den Staatsgewalt die notwendigen Zugeständnisse zu machen. Und doch wäre eine Verständigung leicht herbeizuführen gewesen. Gewiß glaubten die Heiden an einige hundert Götter. Aber auch die Christen bestanden nicht mehr auf einem, und so wäre es durchaus von Vorteil und möglich gewesen, wenn sie sich etwa auf dem Glauben an eine mittlere Zahl zwischen drei und dreihundert — sagen wir 75 bis 150 Göttern — zusammengefunden hätten.

Galilei versteifte sich darauf, daß die Erde sich um die Sonne drehe, während die herrschende Anschauung, die unbedingt respektiert werden mußte, bekanntlich die Drehung der Sonne um die Erde gesetzlich festgelegt hatte.

In beklagenswertem Eigenfinn forderte Galilei die Mächtigen mit dem Wort heraus: „Und sie bewegt sich doch!“ Die Erde nämlich. Ohne diesen unseligen Radikalismus wäre dem an sich nicht unbedeutenden Mann kein Haar gekrümmt worden. Hätte er nicht klüger und einsichtiger sagen können: „Wenn es die Inquisition gestattet, bewegt sich bisweilen die Erde um die Sonne?“ oder: „Im Laufe einer friedlichen Entwicklung wird die Sonne sich allmählich unter allgemeiner Zustimmung daran gewöhnen, von der Erde umkreist zu werden?“ Aber Galilei war solchen vernünftigen Ratschlägen unzugänglich, er provozierte gerade die Reaktion. Die Folgen waren leicht vorauszu sehen: er zerfiel vorzeitig in Nische. Das bedauerlichste aber war, daß durch diese ungeeignete Verbohrtheit des einen Mannes die ganze freie Wissenschaft und ihre Träger auf lange Zeit in Verfall gerieten.

Wenn man die Gründe für den Zusammenbruch der großen französischen Revolution richtig erfassen will, so liegen sie ausschließlich in dem übereilten, ungesetzlichen, herausfordernden Vorgehen der Revolutionäre. Die Revolution war ja im gewissen Sinne eine unvermeidliche Notwendigkeit. Aber die Jakobiner durften niemals ohne Zustimmung Ludwigs XVI. und seiner Frau das Königs-paar köpfen, wie die Revolutionäre niemals ohne Einwilligung des Feudaladels ihnen ihre Vorrechte nehmen durften. Das verkannten die Männer der Revolution und brachen Recht und Gesetz und stärkten dadurch naturgemäß alle Feinde der Freiheit. Hätten die Revolutionäre von Anfang an zusammen mit dem Adel, der Geistlichkeit und der Monarchie friedliche Reformen durchzuführen versucht, die Menschheit wäre um frühe Erfahrungen leichter.

Man hat dem deutschen, insbesondere dem preussischen Bürgertum einen Vorwurf daraus gemacht, daß es sich ohne jede Gegenwehr der napoleonischen Herrschaft unterwarf. Sein Grundlag, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht wäre, hat manche Anfechtung erfahren. Und doch taten diese deutschen Bürger das einzig Vernünftige und zum

Ziele Führende. Ohne die Paarung mit der französischen Herrschaft wären sie einfach niedergeschlagen worden und hätten für ein Phantom ihr Leben geopfert. Wer aber hätte dann die glorreichen Freiheitskriege führen sollen?

Kein Zweifel, daß die Führer der deutschen Revolution von 1848 manches Gute wollten. Die reaktionäre Geschichtsschreibung, die sie als Verbrecher brandmarken will, geht entschieden zu weit. Aber ihr Fehler war eben, daß sie Freiheit und Gleichheit nicht nur als ihre ewigen Grundzüge hochhielten, sondern auch allen Ernstes sie mit den ungeeignetsten Mitteln durchsetzen wollten. Wenn die damaligen Demokraten auf die Dauer etwas Ersprießliches erreichen wollten, so durften sie nie und nimmermehr irreführende, leicht zu Gewalttätigkeiten geneigte Massen auf die Straße schicken, sondern sie hätten sich eben mit den besten Elementen des Junkertums und dem König verständigen müssen, und bei völliger Wahrung ihrer eigenen Grundzüge doch auf der gemeinsamen Bahn eines erreichbaren Fortschrittes gehen müssen. Daß sie diese erste Regel aller klugen Politik nicht kannten oder in doktrinärer Verbissenheit nicht kennen wollten, hat ganz natürlich die Widersacher einer freien Entwicklung aufgereizt und jene finstere Reaktionszeit der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts heraufbeschworen.

Man muß zugestehen, daß der Liberalismus bis in die letzten Jahre hinein noch manchen verhängnisvollen Irrtum begangen hat. Selbst ein Eugen Richter war nicht frei von dem Irrtum, daß man ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse ganz einfach seine Grundzüge durchzusetzen hätte. Erst nach vielen opferreichen Lehren ist der Liberalismus der entschiedenen Richtung zu der Reife der Einsicht gelangt, daß er nur dann einmal in Deutschland zum Herrschen kommen werde, wenn er einen Teil seiner Forderungen von vornherein aufgibt, einen anderen vorläufig zurückstellt und den Rest in gemeinsamer Arbeit mit dem preussischen Junkertum entsprechend modifiziert. Man kann wohl sagen, daß erst jetzt in der allerletzten Zeit der Liberalismus aufgehört hat, aussichtslos zu sein. Zum ersten Male ist der Liberalismus in Deutschland unter der hervorragenden Führung von Männern, wie Fischbeck, Wiemer und Kopich, denen sich Männer der Wissenschaft, wie der Historiker Quidde, zugesellten, von anerkanntem Einfluß. Und die Monarchie selbst erkennt durch Ordensverleihungen und andere Gunstbezeugung endlich das Recht der liberalen Ideen an, sofern sie nur besonnen unter stetiger Rücksichtnahme auf die Zeitverhältnisse sich zu bewähren versuchen. Bleibt der Liberalismus auf diesem Wege, so werden ihm für alle Zukunft jene bedenklichen Konflikte erspart bleiben, die in der Vergangenheit immer dazu geführt haben, Wasser auf die Mühlen der Reaktion zu treiben. K. E.

Der Kampf um die Rente ist Querulantenwahn!

„Mein Leidensweg durch den Irrgarten des heiligen Bureaucratismus bis zur Gewährung der Invalidenrente. Ein Beitrag zur Würdigung der Arbeiterfürsorge.“ Ein einer 40 Seiten starken Broschüre, die diesen Titel trägt, hat der invalide Fabrikarbeiter J. Pregel in Wersee im bayerischen Schwaben eine ergreifende Schilderung seines nahezu fünfjährigen Kampfes um die Invalidenrente gegeben, die eine krasse Illustration zu dem bekannten Worte von der „bis ins hohe Alter gesicherten Existenz des deutschen Arbeiters“ bildet. Daß er in dem heißen

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(9. Fortsetzung.)

„Thörichtes Mädchen!“ rief der Lord, „verdammte sei Deine Zunge! was Du sagst, ist Verbrechen; und er, der Dir diese Worte eingab, mag für seinen Hals sorgen!“

„Er wird ihn zu bewahren wissen,“ erwiderte sie stolz. „Guten Sie sich, Lätitia, fuhr er fort. „Was hält mich ab, Sie als eine Verbündete von Hochverrätern dem Gesetz zu überliefern?“

„Mein Geld, mein Vermögen!“ erwiderte sie; „sonst freilich würde es mir gehen wie Alice Leslie!“

Jeffreys stampfte mit dem Fuße auf. Die Erinnerung an eine seiner ersten Schandthaten verzerrte sein Gesicht häßlich; seine Augen sprühten Rache, aber er bezwang sich — noch einmal.

„Gut, Miß Lätitia, gut,“ sagte er mit seinem bössartigen Grinsen, „wir werden sehen, wohin Ihre Starrheit führt. Sie verlassen dieses Zimmer nicht, bis ich es Ihnen gestatte. Vor allen Ausgängen werden Sie Wachen finden. — Ich gebe Ihnen bis morgen Bedenkzeit, guter Rat kommt über Nacht. Überlegen Sie, was besser ist: ein Kerker im Tower oder ein Freund, der schätzen kann und Ihr Leben mit der Gesellschaft verlobt.“ — Ohne eine Antwort abzuwarten, entfernte er sich und beantwortete ihren verächtlichen Blick mit einem Fingerkuck, als er die Tür erreicht hatte.

So lange Jeffreys in dem Zimmer der Dame war, deren Herz und Geld er noch immer zu gewinnen trachtete, hielt er sich mit aller Anstrengung in den Schranken eines Mannes von Rang und Bildung, kaum aber hatte er die Tür hinter sich, als die ganze Gemeinheit seines innersten Wesens über die arme Frau losbrach, die noch immer — obwohl schließlicher voll Angst und Bangen — bei ihrem Wuch hinter dem Tische saß.

Der Lord ging auf sie los, und vielleicht möchte er gräßlichere Gesichter auf seinem Richterplatze in Old-Ballay geschritten haben, als in diesem Augenblicke; wenn aber von ihm erzählt wird, daß er die abgehärtetsten Diebe und Mörder mit dem gräßlichen Verbrechen seiner Augen,

dem wilden Zusammenziehen seines Mundes und seinem fürchterlichen Stirnrunzeln in Zittern und Entsetzen zu bringen vermochte, so geschah eine Art Wunder an der alten Dame hinter dem Tische, die mit merkwürdiger Fassung in sein grinsendes, verzerrtes Gesicht blickte, als er einen Schritt vor ihr endlich Halt machte.

„Nun, Georg Jeffreys,“ sagte sie so mutig als es gehen wollte, „was habt Ihr mir zu sagen?“

„Was ich zu sagen habe?“ schrie der Lord mit Donnerstimme, — „was ich zu sagen habe?“ wiederholte er, indem er mit der Faust wütend auf die Marmorplatte schlug. „Ich habe zu sagen, daß Du mich betrogen hast, altes Weib, nichtswürdige Kupplerin!“ und nun folgte ein Strom von Flüchen und Verwünschungen, Drohungen und Kränkungen, Anschuldigungen und Schwüren, zu gemein und zu nichtswürdig, um sie auch nur zum kleinsten Teile zu wiederholen.

Die alte Dame hörte stumm diese lasterhaften Ausbrüche seiner Wut an. Nur zuweilen schlug sie ein Kreuz, oder sie brachte ihr Tuch vor die Augen und hob diese dann zu dem unbändigen Mann auf, um ihn strafend, frei von Tränen, zu betrachten. — Erst als er erschöpft zu sein schien, stand sie auf, und gebeugt, wie sie war, alt, häßlich und von geringer Bildung, so wurden ihre Gestalt und ihr Gesicht doch würdig und stolz.

„Du scheinst zu vergessen, Georg Jeffreys,“ sagte sie, „daß ich die Schwester Deiner Mutter bin. Du wüßtest wie ein wildes Tier, wie ein wahnsinniger Trunkenbold. Ist das der Kanzler von England, der es wagt, ärger wie ein Kohlenhändler oder ein Metzgerknecht zu fluchen und zu schimpfen?“

„Was?“ schrie Jeffreys, „Ihr elendes Weib! Ihr wollt mich Sitte lehren?“

„Ja, das will ich,“ erwiderte die alte Frau völlig unerschrocken, „ich will Euch Sitte lehren, denn Ihr habt keine.“

„Ginaus mit dem krummbeligen Wechselbalg!“ fuhr der Lord wütend fort. „Ich will Euch in Teer und Federn wälzen und durch die Straßen peitschen lassen.“

„Sieh zu, Du schändlicher Mensch, wie Dein eigenes Ende sein wird,“ rief in unerschütterlicher Ruhe die Frau

mit erhöhter Stimme. „Ich will es Dir nicht prophezeien, aber ich weiß, daß es kommen wird, ehe Du es denkst; und daß es schrecklich sein wird, dafür wird Gottes Gerechtigkeit sorgen.“

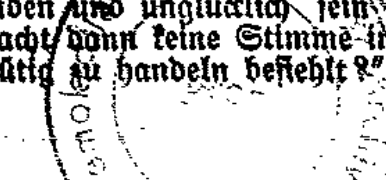
Jeffreys stand sprachlos mit geballten Fäusten und braunem Gesicht vor der alten Frau. Der unerwartete Widerstand übte seine besondere Wirkung auf ihn.

Sie maß ihn mit klügerem, trozigem Blick, und eine Furcht besiel ihn, deren er sich nicht erwehren konnte. — „Haltet Euer Maul,“ sagte er um vieles sanfter. „Ihr habt mich dahin gebracht, in die äußerste Wut zu geraten.“

Hätte Barbara Burns in Todesangst vor seinem Zorn gezittert, so würde er mit Entzücken ihr Wehen, ihre Tränen und ihre Verzweiflung betrachtet haben. Derselbe molligste Kigel, der ihn ergriff, wenn er die Menschen, welche er verurteilt, bis zu Krämpfen ängstigte und verhöhnte, würde ihn hier auch geleitet haben; als er aber sah, daß die alte furchtsame Frau keine Furcht empfand, als sie in derbster Weise ihm sein schamloses Benehmen vorhielt und auffand, um sofort sein Haus zu verlassen, da begann er sich plötzlich, daß er dies nicht zulassen dürfe, und daß im Nebenzimmer Lätitia jedes Wort und jeden gemeinen Fluch und Schwur gehört haben müßte.

„Bleibt, Tante Barbara,“ sagte er, sie auf ihren Stuhl zurückführend, „bleibt, vergeht meine heftige Aufregung. — Ich bin ein unglücklicher Mann, der überall Feinde und Verräter sieht und seine besten Freunde beleidigt. Ihr wißt nicht, wie traurig und schrecklich meine Tage sind. Ihr wißt nicht, was ich leide und was ich leiden erfahren mußte. Mein Herz voller Liebe und Freudigkeit ist zum Tode gekränkt durch den schwarzen Undank; der Stab, an welchem ich mich aufzurichten dachte, ist zerbrochen, meine Zukunft ärmer und elender, wie die des vermosten Bettlers.“

„Und was wollt Ihr tun, Georg,“ fragte die alte Frau bestürzt, „wollt Ihr meine Augen, die eben noch von Wut funkelten, waren voll Tränen. Wenn es wahr ist, daß Ihr leiden und unglücklich sein könnt wie ein guter Mensch, er wacht dann keine Stimme in Euch, die Euch edel und großmütig zu handeln befehlt?“



Kampf um die Rente endlich siegte, hat er außer seiner jähren Ausdauer, noch einem ganz besonderen Umstand zu verdanken, nämlich dem, daß das letzte der zahlreichen, in diesem Falle eingeholten ärztlichen Gutachten dem Versicherungssamt dadurch eine Brücke baute, daß es erklärte, der Rentenbewerber sei — verrückt, und seine Berücksichtigung werde immer mehr zunehmen, je länger man ihm die Rente verweigere!

Der Verfasser hat seinen „Lebensweg“, nach dem Muster des biblischen Weges nach Golgatha, in 14 Stationen eingeteilt. Da die Geschichte sehr lehrreich ist, wollen wir diese 14 Stationen kurz skizzieren.

Erste Station. Pregel, 59 Jahre alt, leidet nach dem Zeugnis seines Hausarztes an chronischem Leidenrheumatismus und doppelseitigem Leistenbruch und ist deshalb dauernd hochgradig in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Gestützt auf dieses Zeugnis sucht er um die Invalidenrente nach. Die untere Verwaltungsbehörde weist den Antrag ab auf Grund eines Gutachtens des Amtsarztes und des Kreismedizinalrats Dr. Roger, der, wie der Geschwister behauptet, ihn in seinem Leben nicht gesehen hat.

Zweite Station. P. ergreift Berufung zum Schiedsgericht und wird an den Schiedsgerichtsarzt verwiesen, der der Meinung ist, P. habe etwas mehr Redegewandtheit und Bildung, als man sonst bei Arbeitern finde, weshalb es ihm leicht sein müsse, als Handelsagent oder dergl. Beschäftigung zu finden. Die Berufung wird deshalb abgewiesen.

Dritte Station. Revision zum Reichsversicherungsamt mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit, daß ein invalider Fabrikweber als Kaufmann oder Handelsagent noch sein Fortkommen finden könne. Das Urteil wird vom Reichsversicherungsamt aufgehoben, weil gegen den Akteneinhalt verstoßen und das günstige Gutachten des Hausarztes keinerlei Würdigung erfahren hat. Es wird angeordnet, daß der Bewerber zur Vorbereitung eines neuen Gutachtens einige Zeit in einem Krankenhaus zu beobachten sei.

Vierte Station. Einweisung ins Augsburger Krankenhaus, aber erst drei Monate nach obigem Urteil. Stellvertretender Oberarzt ist derselbe Kreismedizinalarzt Dr. Roger, der den Zustand des Klägers schon einmal begutachtet hat, ohne ihn angeblich gesehen zu haben.

Fünfte Station. Übermalige Verhandlung vor dem Schiedsgericht. Abweisung des Anspruchs, da nach dem neuen Gutachten Kläger in verschiedenen versicherungspflichtigen Beschäftigungen arbeiten und den gesetzlichen Mindestverdienst, ja, noch mehr erzielen könne. Das günstige Gutachten des Hausarztes wird in dem Urteil mit der Bemerkung abgetan, daß „die Gutachten dieses Arztes gerichtsbekanntermaßen ausschließlich unter Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Patienten ausgestellt zu werden pflegen.“

Sechste Station. Zweite Revision zum Reichsversicherungsamt, die abgewiesen wird, da kein Verstoß festzustellen ist. Von der ersten Bewerbung bis zu diesem Entscheid sind zwei Jahre vergangen.

Siebte Station. Der Bewerber bemüht sich, ein anderes ärztliches Zeugnis zu erlangen, mit dem er das Gutachten des Kreisarztes bekämpfen könne. Ein solches erlangt er schließlich von einem bekannten Münchener Arzt. Er beantragt nun Wiederaufnahme des Verfahrens, wird aber belehrt, daß dies nicht geht.

Achte Station. P. einschließt sich, ein ganz neues Rentenbewerbsgesuch einzureichen, was nach Umfluß der vorgeschriebenen Zeit geschieht. Nach einigen Weiterungen mit der Gemeindeganzlei, die acht Wochen in Anspruch nehmen, kommt die Sache wieder in Gang. Er wird wieder an einen neuen Arzt verwiesen, das Gutachten des Münchener Arztes für unvorchriftsmäßig erklärt, da es auf Briefpapier geschrieben ist.

Neunte Station. Verhandlung vor der unteren Verwaltungsbehörde. Der neue Arzt hat keine Krankheit entdecken können und begutachtet längere Beobachtung in einem Krankenhaus. So wird auch entschieden.

Zehnte Station. P. hört nichts mehr von der Sache. Nach Wochen fragt er persönlich nach, und nachdem er erklärt hat, daß er mit der Einweisung ins Krankenhaus einverstanden sei, wird er sofort dahin abge-

führt, wie ein Gefangener. Vier Wochen nach der Entlassung aus dem Krankenhaus neuerliche Verhandlung und Abweisung des Rentenanspruchs.

Elfte Station. Berufung zum Schiedsgericht. Mitteilung, daß sich P. einer neuerlichen Untersuchung in einem Münchener Krankenhaus zu unterziehen habe. Hiergegen ergreift er Beschwerde, worauf auf die Einweisung ins Krankenhaus verzichtet und Verhandlung anberaumt wird. Das Schiedsgericht beschließt die Einweisung ins Münchener Krankenhaus.

Zwölfte Station. Beschwerde an das Reichsversicherungsamt, das erklärt, daß es in das Verfahren des Schiedsgerichts nicht eingreifen könne.

Dreizehnte Station. P. geht nach München und bleibt vier Wochen zur Beobachtung im Krankenhaus. Nachdem er zweimal untersucht worden und eine kleine „Schulprüfung“ über seine Kenntnisse im Rechnen, Geographie usw. bestanden hat, wird er entlassen.

Vierzehnte und letzte Station. Viereinhalb Jahre nach der Einreichung des ersten Rentenanspruchs findet vor dem Schiedsgericht neuerliche Verhandlung statt. Dem Kläger wird die Invalidenrente zugewilligt auf Grund des Gutachtens der Krankenhausdirektion. Dieses Gutachten konstatiert, daß P. an einem doppelseitigen Leistenbruch, an Arterienklerose, beginnendem Emphysem, chronischem Muskelrheumatismus und beiderseitiger Erkrankung des inneren Ohres leidet. Aber bei all diesen Gebrechen und Leiden hält das Gutachten dafür, daß „Kubrikat“ wohl noch den gesetzlichen Mindestverdienst als Ausgeher u. dergl. verdienen könnte, doch erfahre seine Erwerbsfähigkeit eine andere Beurteilung durch den an ihm festgestellten Queralantenwahnsinn. Als Beweis dafür, daß er verrückt ist, dient dem Gutachter vorzugsweise die Hartnäckigkeit, mit der er seine Sache verfolgt, der Umstand, daß er alle möglichen Rechtsmittel in Bewegung setzte und sich dabei einige Male vergiff (er hat doch nicht Sura studiert), daß er in seinen Beschwerdebüchern einen energischen Ton anschlug usw. Das alles seien Dinge, die den richtigen Prozeßkrämer und Querulanten kennzeichnen, und es empfehle sich, seinem Gutachten stattzugeben wegen der Folgen, die eintreten würden, wenn ihm wiederum die Rente verweigert würde.

Wer sich im Kampfe um sein Recht nicht duckt, ist ein Prozeßkrämer und Querulant! Allerdings wäre es gar nichts Auffälliges, wenn jemand sich erst in der hier geschilderten Art herumzuschlagen muß, bis er in den Genuß der Segnungen unserer Sozialreform gelangt, schließlich dabei verrückt würde! Die Schilderung des P. verrät jedoch nirgends, daß er gestörten Sinnes sein könnte, vielmehr sind sie — abgesehen von einigen sprachlichen und stilistischen Schnitzern, die begrifflich sind, wenn man bedenkt, daß der Mann vor 50 Jahren Volksschulunterricht genossen hat! — garnicht so übel geschrieben, das Material geschieht geordnet und verarbeitet und von treffenden kritischen Anmerkungen begleitet. Wie viele Tausende von Arbeitern mögen um ihr Recht auf die Versicherung kommen, weil sie es nicht so hartnäckig verfolgen, und daher nicht so „verrückt“ sind, wie dieser Fabrikweber!

Soziales und Parteileben.

Arbeitslosen-Versammlungen. In Halle a. S. forderte eine Arbeitslosen-Versammlung im „Volkspark“ die Vornahme von Notstandsarbeiten. Es wurde eine Deputation zum Magistrat geschickt. — In einer von über 600 Arbeitslosen beachteten Versammlung zu W. lauen i. B. wurde festgestellt, daß sich dort gegen 3000 Arbeitslose befinden, und daß die Zahl sich infolge der ungünstigen Geschäftslage der Industrie Ende des Monats und im Februar noch bedeutend vergrößern werde. Man wählte eine Kommission, die vom Stadtrate Notstandsarbeiten fordert. — In einer Arbeitslosen-Versammlung zu Koblenz wurde festgestellt, daß dort allein auf dem städtischen Arbeitsnachweis über 1000 Mann als arbeitslos gemeldet sind. — In Frankfurt a. M. sind ungefähr 5000 Mann arbeitslos, darunter nur 2000 gewerkschaftlich Organisierte, die sich fast gleichmäßig auf alle Berufe verteilen. 15–20 000 Personen haben also unter den Folgen der Krise zu leiden. Trotzdem werden zur Zeit am Eischen fast nur auswärtige Arbeiter beschäftigt, mit Löhnen, die viel niedriger sind, als die ortsüblichen

Tagelöhne. Das wurde am 24. Januar in einer Versammlung der Arbeitslosen mitgeteilt, in welcher Parteisekretär Dittmann sprach. An der Diskussion beteiligten sich Dittmann, Dorsche und zwei Anarchisten. Die Versammlung verließ ohne Zwischenfall. Nach dem Referat Dittmanns wurden allerdings einige Geheimpfeile hinausgeworfen.

Gegen den Antimilitarismus. Deutschland und Frankreich im schönen Bunde. Während in Paris Hervé die Rechtsanwaltschaft aberkannt wird, leitet die deutsche Regierung die Klage auf Entziehung des Genossen Dr. Karl Liebknecht an den Ehrengerichtshof der deutschen Rechtsanwälte in Leipzig, wo sie die Ausschließung zu erlangen hofft, die ihr von der Berliner Anwaltskammer verweigert wurde. Die Vertreter der Berliner Rechtsanwälte waren anständig genug, das Ansuchen abzulehnen, einem ihrer Kollegen aus politischen Tendenzen die Exilienz zu nehmen. In der zweiten Instanz, dem Ehrengerichtshof zu Leipzig, aber sind die Anwälte in der Minorität, die Mehrheit wird von Richtern gebildet, und von diesen hofft die Regierung die Ausschließung zu erreichen. Und es ist in dieser Hinsicht nichts unmöglich in Deutschland.

Laß die Linke nicht wissen, was die Rechte tut! Doppelpassiv und seit gedruckt, damit es ja nicht übersehen werde von den Abonnenten der „Börsen Presse“ in Mannheim, die sicher keine Leute sind, über deren Bedürftigkeit man sich beim städtischen Armenrat Gewißheit verschaffen kann, war im Annoncenenteil der Nr. 7 der genannten Zeitung nachstehendes Inserat zu lesen:

Während der strengen Kälte geben wir an Arme, über deren Bedürftigkeit wir uns bei dem Städtischen Armenrat Gewißheit verschaffen können, Kohlen unentgeltlich ab und können sich die Betroffenen auf unserem Stadtbureau, Herrenstraße 20, melden.

Wischermann u. Co., Kohlen-Großhandlung.
Tränen der Nahrung treten dem wohlgenährten, warm eingehüllten Eschler in die Augen, wenn er beim Morgenkaffee, den Kopf noch schwer vom Beherlupf der letzten Nacht, in seinem Leib- und Magenblatt diese fette Müdigkeit findet, die sich ganz feigenblattlos auf öffentlichem Markt aufgefängt hat.

Doch nun die Rehrseite der Platte kennen zu lernen, les man nachstehendes:

Mühlheim, den 10. Januar 1908.

An unsere Schiffsführer!
Wie bislang, so soll auch in diesem Winter der Bohnerzug der Matrosen eintreten. Matrosen, die erst kurze Zeit an Bord sind, und sich nicht als brauchbar und nützlicher erwiesen haben, sollen auf Grund des § 25 des Binnenschiffahrtsgesetzes sofort bei Erhalt dieses entlassen werden. Tüchtige, unseren Interessen dienende, wollen Sie behalten, und deren Lohn ab dem Tage, wo das Schiff in die Winterruhe tritt, um ein Drittel reduzieren. Wir ersuchen um sofortige Mitteilung, wen Sie entlassen und wen Sie auf Zweidrittellohn setzen.

Wischermann u. Co.
Lasset die Linke wissen, was die Rechte tut, damit alle Herrlichkeit offenbar werde.

Einem Minimaltarif hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands im vergangenen Monat mit der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumenten in Hamburg abgeschlossen. Der Tarif gilt vom 1. Januar 1908 auf zwei Jahre und läuft auf je ein Jahr weiter, wenn er nicht zuvor mit halbjähriger Frist gekündigt wird. Der Tarif bestimmt im wesentlichen:

Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, im Hauptkontor in Hamburg am Sonnabend sechs Stunden.

Gehalt. Das Mindestgehalt für männliche Angestellte beträgt 1200 Mk. pro Jahr. Hierzu kommt alljährlich eine Zulage von 120 Mk., bis das Gehalt 1800 Mk. beträgt, von dann ab eine jährliche Zulage von 100 Mk., bis das Gehalt nach achtjähriger Tätigkeit 2100 Mk. pro Jahr beträgt.

Das Mindestgehalt für weibliche Angestellte (Maschinenschreiberinnen) beträgt 900 Mk. pro Jahr. Hierzu kommt alljährlich eine Zulage von 120 Mk., bis das Gehalt 1800 Mk. beträgt, von dann ab eine jährliche Zulage von 60 Mk., bis das Gehalt nach achtjähriger Tätigkeit 1620 Mk. pro Jahr beträgt.

Diese Gehaltsätze gelten für Personen von 17 Jahren und darüber. Doch sind sie nicht dahin zu verstehen, daß die hier angegebenen Mindestsätze in jedem Falle das Anfangsgehalt sein sollen. Sie bezeichnen vielmehr nur den Betrag, unter den nicht gegangen werden darf, wohl aber werden ältere Angestellte und solche, denen nicht einfache Kontorarbeit, sondern verantwortliche Posten übertragen werden, zu höheren Sätzen angestellt werden, als das Mindestgehalt beträgt.

„Ich werde es bedenken,“ erwiderte der Lord, den Kopf senkend; „ich habe eine ganze Nacht vor mir, die ich inummer und Tränen verleben werde.“

„Möge Gott Guter Herz erweichen,“ sagte Barbara. „Bedenke es, Georg: o! bedenke, daß eine gute Tat im Himmel angerechnet wird für tausend böse, die der Herr in seiner Gnade aus dem Schuldbuche der Sünder streicht.“

„Ihr habt Recht, ja, Ihr habt Recht,“ murmelte der Lord.

„Treu will ich bei Euch stehen,“ fuhr die Tante gerührt fort, „wenn alle Euch fluchen, ich will Euch segnen und um Segen für Euch flehen, so lange ich es vermag.“

„Tut es,“ sagte Jeffrey, „tut es und verzeiht mir, Ihr sollt von mir hören.“

Er nahm den Leuchter vom Tisch und ging nach der Tür. — Wenn Ihr etwas in Liebe für mich begehren wollt, sprach er, sich umwendend, „so brecht mit dem undankbaren Mädchen. Ich habe hier einen Brief in meiner Hand, der ihr Leben in Gefahr bringt, und wer weiß, ob ich es noch zu retten vermag. Ein Verbrechen ist von ihr begangen worden, das ich nach meiner Pflicht dem Staatsrat anzeigen muß. Bringt sie zur Besinnung, Tante Burns, denkt auf das rechte Mittel zur Verhinderung. Die Tochter eines Hochverraters, welche im geheimen Verkehr mit den gefährlichsten Feinden des Königs steht, hat wenig Gnade zu erwarten, wenn ich nicht Beweise zu geben vermag, daß sie wahrhafte Reue empfindet.“

Mit diesen drohenden Worten und betrübten Mienen ging er hinaus.

Aber kaum waren seine Schritte verhallt, als Lätitia aus ihrem Zimmer eilte und ihre Aufsichterin umarmte. Sie kniete an ihrem Stuhle nieder, küßte ihre Hände und jagte heiser lachend: „Ich habe alles gehört. Der jähnlidhe Heuchler greift zu den jämmerlichsten Mitteln, Euch und mir hundert einzujagen. Doch nur Geduld. William ist glücklich entkommen, meine Freuden wachen, sie werden nicht verlassen. — Weint nicht, gute Barbara, ich kenne diesen Teufel heutz. Er wird nichts tun, was mich aus seinen Fingern händeln anderen Helfern überliefern könnte. Sein

Geiz und seine wilden, tierischen Regierden sind weit größer noch als seine Hochzier. — Ja, wir wollen auf Mittel denken, wie wir ihm entkommen; sogleich will ich an William schreiben, und trotz seiner Wachsamkeit und seiner Entdeckungen soll er erfahren, daß er nichts entdeckt hat, und er, der alle betrügt, von uns betrogen wird.“

Jeffreys war inzwischen in den Saal zurückgekehrt, wo er Lorton und sein Gefolge gelassen hatte, die mit Schwertern und Gewehren bewaffnet ihn neugierig erwarteten.

„Ich habe nichts gefunden,“ sagte der Lord mürrisch zu dem Hausmeister.

„Ich wußte es wohl,“ erwiderte dieser. „Ich habe das Haus durchsuchen lassen in allen Winkeln; eine Maus konnte nicht verborgen bleiben.“

„Geht,“ sprach der Kanzler, „und seid wachsam, als Ihr gewesen. Wir wollen es morgen weiter besprechen.“

Damit begab er sich in seine Wohnung, und nicht lange darauf hörten die Diener ihn ruhen und in die Hände schlagen. — Der Tisch mußte gedeckt werden, Speisen aller Art und Wein in Fülle wurden aufgesetzt. Der Kanzler von England ließ sich entkleiden. Wilkins, sein Schreiber und Kammerdiener, Hausnarr und vertrauter Gehilfe, verrichtete dies Geschäft unter den Späßen, Lichtstungen und gelegentlichen Zusätzen und Hauptstößen seines Gebieters.

Wilkins war ein junger Kerl, der selten oder nie ein ernsthaftes Gesicht machte, aber immer wußte, ob er schwiegen oder reden sollte. Er hatte wie Brynne seine Ohren verloren, aber nicht wie jener berühmte und berühmte Adokat wegen Schmachtschriften auf König und Parlament, sondern wegen Verrägereien und Unterjochung. Jeffrey hatte sie ihm als Richter abzeichnen lassen, darauf aber waren sie Freunde geworden, und da Wilkins sich als schlauer und treuer Spion bewährt hatte, nahm der Lord ihn in seine Dienste, in denen er alles war, was sein Herr wollte.

Während der Kanzler in sein Hauskleid schlüpfte, seine idyrischen Schuhe mit weichen, aus Sammet gewebten Verkaufte und einen perischen Shawl um seinen Eitelhals wickelte, erzählte Wilkins ihm zur Kurzweil, wie es in den Straßen Londons heut abend hergehe, wo Strohpuppen um-

her getragen würden mit dem Strick um den Hals und den ellenhohen Namen Jeffrey's darüber, die der Böbel anspic, mit Füßen trat und auf dem Boden schleifte, bis die Fesseln unter wildem Jubelgeschrei in die Luft flogen. — Die Woge des Schreiers wurden von den gemeinen Antworten des Lords unterbrochen, der, als er einige Gläser starken Wein hinuntergestürzt hatte, in den rechten Humor geriet.

Sein wiederholtes Gelächter wollte kein Ende nehmen, er war unerhöplich in Flichkeiten und schamlosen Reden. Er erzählte dem Diener seine eben erlebten Abenteuer, schwor dem verdammten Buben Howe den Tod, und daß er in Lätitia's Armen genossen wolle, allen Verrätern zum Verderben. Plötzlich aber sagte er den Schreiber am Genick, und mit gemaltiger Hand warf er ihn in eine Ecke, wo er ihn fest hielt. — Seine grimmigen Augen bohrten sich in das eckige blaurote Gesicht des unglücklichen Wilkins ein, den er beinahe erwürgte, und erst nach einigen Minuten, in denen er seine ganze Teufelskunst im Anglügen seines Opfers erschöpft hatte, ließ er ihn los und begann sein Gelächter von neuem.

„Ow, Herrlichkeit!“ rief Wilkins, sich die Augen wischend und ebenfalls lachend, so gut er konnte, „das ist ein Spaß, der einem ehrlichen Jungen das Leben kosten kann!“

„Mach Dir nichts daraus, John,“ rief der Lord, „ich weiß, Du kannst es ertragen. Du hast keinen Laut umsonst verloren, als der Denker Dir deine Ohren nahm, und er hatte ein stumpfes Messer. — Es kam mir vor, John, als wärst Du der Schurke, der mit William Howe sein Spiel gespielt, aber Du bist es nicht. Ich weiß es jetzt, denn ich habe in Deine verdammten Augen gesehen, als ich Dir die Zunge herausdrückte. Wärst Du es, Du Lump, ich hätte es gemerkt an jedem Haar, das borstig auf Deinem Kopf steht, und ich hätte einen Strick daraus drehen lassen für Dich. Aber Du bist es nicht, Du bist ein zu schlauer Dalkunf, um etwas zu tun, was Dir den Hals kosten muß. Schaffe mir den Hund, John Wilkins, schaffe mir den verdammten Verräter, daß ich ihn peitschen und brennen lassen kann, und Du sollst zehn Pfund von mir haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Überstunden werden auf das allernotwendigste beschränkt; sie werden mit 25 Prozent Gehaltszuschlag besonders vergütet. Der Tarif bestimmt weiter, daß die Angestellten an Sonntagen, außer bei Inventuren, nur in dringenden Fällen — und selbstverständlich auch nur im Rahmen der gesetzlichen Grenzen — zur Arbeit herangezogen werden dürfen. Sonntagsarbeit wird mit 50 Proz. Zuschlag extra bezahlt. Über Ferien bestimmt der Tarif:

Sämtliche Angestellte erhalten in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September jedes Jahres in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit eine Woche, nach fünfjähriger Tätigkeit zwei zusammenhängende Wochen Ferien. Bei größeren Reisen werden der vorhergehende Sonnabend und der nachfolgende Montag als Reisetage freigegeben. Für Neueintretende kommen Ferien nur in Betracht, wenn sie nicht später als am 1. April desselben Jahres eingetreten sind. Das Gehalt wird für die Dauer der Ferien, und zwar im Voraus bezahlt.

Der Tarif garantiert den Angestellten die aus § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und aus § 68 des Handelsgesetzbuchs herzuleitende Rechte, sichert ihnen auch den Weiterbezug des Gehalts bei militärischen Übungen bis zu sechs Wochen. Die Angestellten sind bei der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nach den Satzungen dieser Kasse zu versichern. Beiträge für die staatliche Kranken- und Invalidenversicherung werden vom Gehalt nicht gekürzt. Der Tarif gibt den Angestellten Schutz gegen willkürliche Entlassung und verpflichtet die Groß- und Kleinhandels-Gesellschaften, Kaufmännische Arbeitskräfte durch den Stellennachweis des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen zu beziehen.

Für den Fall, daß über die Auslegung und Anwendung des Tarifs Differenzen entstehen, ist ein Schiedsgericht vorgelesen.

Das kaufmännische Personal der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, auf das sich der Tarif erstreckt, zählt über 150 Köpfe.

Die Einigung abgelehnt. Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hält gegenwärtig ihren Kongreß ab. Hauptpunkt der Beratung war die Frage der Verschmelzung mit den Zentralverbänden. Leider unterlag die gesunde Vernunft den selbsttätigen Interessen einzelner. Mit 88 gegen 48 Stimmen wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag auf Auflösung der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften abgelehnt. Die Verantwortlichen der Auflösung verlassen darauf den Kongreß. Für die Auflösung getrimmt und auf die fernere Beteiligung am Kongreß verzichtet haben sämtliche Vertreter der Maurer (mit Ausnahme des Münchener Delegierten, der aber nicht Maurer, sondern Tischler ist). Die Möbeler und Steinholzer sind, soweit sich übersehen läßt, geschlossen zurückgetreten, ebenso die Schiffbauer. Die Zimmerer und die Bauarbeiter sind teils gegangen, teils geblieben.

Wahlrechtsdemonstration in Solingen. Ein Telegramm aus Solingen, 27. Januar, meldet: Gestern abend fanden hier sozialdemokratische Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht statt. Nach einer Versammlung im Sankt Sebastian-Schützenhaus durchzogen Tausende von Personen in Trüppchen unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht die Stadt. Die Polizei und die Gendarmen, die blank ziehen mußten (?), um Gewalt über die Menge zu erhalten, stellten die Demonstrationen, worauf die Straßen vollständig gesperrt wurden, um zu verhindern, daß die Menge vor das Rathaus und zur Schützenburg zog, wo eine gemeinschaftliche Kaisergeburtstagsfeier der Kriegervereine stattfand. Die Polizei mußte noch längere Zeit in den Straßen Ordnung halten. — Also die Polizei „mußte“ wieder einmal blank ziehen! War sie vielleicht der Meinung, daß die Kaisergeburtstagsfeier „entweicht“ werden würde, wenn in die „patriotischen“ Hochs auf das allgemeine Wahlrecht als schulle Disonanz hineingeschalt wären?

Die Partei in den Vereinigten Staaten. Eine genaue Aufstellung über Parteibeiträge und Mitgliedschaft im Jahre 1907 ist von dem Nationalkomitee der Sozialdemokratischen Partei der Union herausgegeben worden. Die Zahl der Mitglieder war durchschnittlich 29.679. Für jedes Mitglied, das einen Monatsbeitrag von 25 Cent (1 Mk.) zu zahlen hat, werden 5 Cent (20 Hg.) pro Monat an die Parteikasse abgeliefert. Folgende Liste wurde aufgestellt:

Staat	Beiträge	Mitglieder	Staat	Beiträge	Mitglieder
Alabama	72,50	121	Montana	325,40	542
Arizona	180,00	300	Nebraska	—	—
Arkansas	345,00	575	New-Hampsh.	89,75	149
California	927,50	1546	New-Jersey	765,00	1275
Colorado	320,00	533	New-York	1610,00	2683
Connecticut	251,60	419	North-Dakota	24,65	41
Florida	94,45	157	Ohio	948,95	1573
Idaho	146,25	244	Oklahoma	925,00	1542
Illinois	1501,75	2503	Oregon	419,00	698
Indiana	289,00	482	Pennsylvania	1391,00	2318
Iowa	448,70	739	Rhode Island	105,00	175
Kansas	405,00	675	South-Dakota	108,15	180
Kentucky	78,50	133	Tennessee	65,00	108
Louisiana	75,00	125	Texas	408,05	680
Maine	117,00	195	Utah	35,35	59
Maryland	81,00	180	Vermont	40,50	68
Massachusetts	884,25	1474	Washington	680,75	1051
Michigan	529,65	883	West-Virginia	67,65	113
Minnesota	748,55	1247	Wisconsin	1008,75	1673
Missouri	552,00	920	Wyoming	180,35	300

Genossenschaftsbewegung.

Einen großen Erfolg haben die Konsumvereine in ihrem Kampf mit dem Markenartikelverband errungen. Zum 20. Januar war eine Zusammenkunft der Leiter der Einkaufsvereinigungen in Hamburg anberaumt, in der besonders über die vom Markenschutzverband verursachte Situation beraten werden sollte. Obwohl nahezu überall die Kriegartikel an Stelle der Markenartikel Eingang gefunden haben, war es doch nicht ausgeschlossen, daß die Konferenz Weichlöcher machte, die eine Verschärfung des Kampfes bedeuteten. Darauf wollte es der Markenschutzverband nun aber doch nicht ankommen lassen. Er hielt wenige Tage vorher eine Versammlung in Berlin ab und das Resultat dieser Versammlung war ein Schreiben an die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine und die einzelnen Konsumvereinsverwaltungen, in dem mitgeteilt wurde, daß der Markenschutzverband das Verkaufsverbot über die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine aufgehoben hat. Damit hat der Verband, den organisierten Konsumenten gegenüber, auf die Zuneigung seines bedeutsamsten Grundlagers: Verkauf der Einzelmitglieder zu den vom Verband festgesetzten Bedingungen, verzichtet. Die einzelnen Firmen dürfen wieder an die Großhandels-Gesellschaft liefern zu den Bedingungen, die ihnen akzeptiert erscheinen. Die Großhandels-Gesellschaft wird

natürlich den Revers, worin den Konsumvereinen die Verkaufspreise vorgeschrieben werden, nicht unterschreiben. Sie verlangt bedingungslose Lieferung; und die Dinge liegen so, daß nur diejenigen Fabrikanten wenigstens einen Teil ihres früheren Geschäftes wieder machen werden, die sich zur bedingungslosen Lieferung verpflichten. Zwar sind die Unterhandlungen mit den einzelnen Firmen noch nicht so weit gediehen, daß man weiß, ob sie alle bedingungslos liefern wollen. Aber trotzdem kann man schon heute einen vollen Erfolg der Konsumenten und ihrer Organisationen im Kampfe gegen die Verteuerungspolitik eines monopolistischen Kartells in der Nahrungsmittelbranche feststellen. Ohne die energische Abwehr der Konsumvereine hätten die Verbraucher heute schon die Preisverhöhungen für Markenartikel. Die Organisation der Konsumenten hat den Plan aber zuhause gemacht. Sie hat damit gezeigt, welchen Einfluß die Konsumenten ausüben können, wenn sie einig und geschlossen vorgehen. Im Kampfe gegen die Kartelle werden die Konsumgenossenschaften noch eine bedeutungsvolle Rolle zu spielen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Erpressungsprozess gegen das Ehepaar Wöfl in München, über den wir kurz berichteten, ist um deswillen psychologisch interessant, weil ein juristisch gebildeter Mann, der sich laut Zeugenerklärungen und eigener eidlicher Aussage niemals gegen den § 175 vergangen hatte, von Erpressern durch den bloßen Hinweis auf dessen Paragrafen derart eingeschüchtern werden konnte, daß er ihnen nach und nach 545 000 Mk. opferte. Auf der Anklagebank saßen ein brutal aussehender 33jähriger Mann, der ehemalige Freireis und Leetubenbesitzer August Wöfl, und in aufgedonneter Kleidung eine 33jährige Frau. Hauptzeuge ist ein schlanker, blauer Mann, der 48jährige Rechtsanwalt Birkel. Im Jahre 1886 lernte dieser den im Rufe eines Pöbelanführers stehenden Fruchthändlersöhne Götz kennen, der 1893 im Krankenhaus starb. Birkel unterstützte Götz öfters mit Geldbeträgen und Götz schickte auch Wöfl öfters zu Birkel um Geld. Als Götz starb, hielt sich Wöfl die Geldquelle offen, indem er Birkel erzählte, verschiedene Leute, besonders Bordellwirte in Amerika, wüßten um das Verhältnis Birkels zu Götz und verlangte unter Drohungen Geld. Birkel gab dann Wöfl namhafte Beträge, worauf Wöfl Quittungen der „Amerikaner“ vorlegte. August Wöfl behauptet heute, die „Amerikaner“ hätten von ihm das Geld und er von ihnen die Quittungen erhalten. Der Vorliegende machte ihn aber darauf aufmerksam, daß seit seiner und seiner Frau Verhaftung die „Amerikaner“ spurlos verschwunden seien und auch keinen Erpressungsversuch mehr unternommen hätten. Frau Wöfl gibt nur zu, einmal für einem Bordellbesitzer in Amerika von Birkel 30 000 Mk. geholt zu haben. Birkel habe ihr dabei 20 000 Mk. geschenkt. Für einen anderen habe sie 20 000 Mk. geholt und zum Ankauf gravierender Briefe einer gewissen Savoi in Amerika 30 000 Mk. erhalten. Die übrigen „Amerikaner“, mit denen ihr Mann verkehrte, hat sie nie gesehen. Ein Zeuge bekundet, daß ihm gegenüber Wöfl zugestanden, von Birkel, dem er mit Briefen des verstorbenen Götz drohte, Geld erhalten zu haben. Birkel könne ihn nicht anzeigen, da er selbst sich sonst strafbar mache. Rechtsanwalt Birkel erklärt, daß er mit Götz keinen homötophellen Verkehr gepflogen habe. Er habe Götz, als er etwa 16 Jahre alt war, zufällig kennen gelernt, und da da er ihm seine schlechte Lage schilderte, ihn mit Geld unterstützt. Später kam Götz aber, ohne Anlaß zu haben, mit Drohungen an ihn heran, und da dem Zeugen mit der Presse gedroht worden war, gab er mit Rücksicht auf seine Eltern Geld her. Als Götz 1903 starb, legte Wöfl die Schreihandlungen unter Drohungen, daß die Polizei den Herrn suche, der mit Götz verkehrt habe, fort. Auch die inzwischen verstorbene Mutter Wöfls beteiligte sich an den Erpressungen. Der Zeuge wurde schließlich so eingeschüchtern, daß er schon bei Nennung eines der angeblichen „Amerikaner“ ohne weiteres Wöfl jeden verlangten Betrag gab. Fürcht vor der Bloßstellung und Rücksicht auf seine hochbetagte Mutter machten den Zeugen Wöfl gegenüber geradezu willenlos. Er muß nach dem Ergebnis der Gerichtsverhandlungen völlig unter dem Name des ihn entnervenden Erpresserpaars gestanden haben, das zeitweilig geruhte, in dem von seinem Gelde gekauften Automobil Ausflüge mit ihm zu machen. Im Juli vorigen Jahres, kurz vor dem Erlaß eines Steckbriefes, verschwand das Wöflsche Ehepaar aus München, wurde aber in Louisiana verhaftet und von der Schweiz ausgeliefert. Der Staatsanwalt beantragte für August Wöfl fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, für seine Frau dagegen fünf Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus und 3000 Mk. Geldstrafe für Wöfl und auf 4 Jahre Gefängnis für seine saubere Ehefrau.

„Wollen Sie vielleicht jeden Tag Hasenbraten?“ Bei dem Gursbiller Vießlich in Gursdorf verließen am 7. Dezember v. J. zwei Knechte und zwei Mägde ohne Kündigung den Dienst, wofür sie je 6 Mk. Geldstrafe bezahlen sollten. Sie hatten nun gerichtliche Entscheidung beantragt und standen deshalb am Donnerstag vor dem Schöffengericht Schkeuditz. Auf Befragen des Antrichters erklärten sie übereinstimmend, daß sie sich bei ihrer Dienstherrlichkeit nicht mehr satt essen konnten. Für einen Menschen, der arbeiten soll, reiche die Kost, wie Kartoffeln mit Grieben, die es sehr oft gab, nicht aus. Bei dieser Aussage machte der den Vorsitz führende Amtsrichter eine recht kennzeichnende Bemerkung, indem er die Angeklagten fragte: „Was wollen Sie weiter, vielleicht jeden Tag Hasenbraten?“ Die Angeklagten erklärten darauf, sie hätten den Dienst nicht verlassen, sondern sich nur bei bestimmten Tagen verweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen, was ihnen aber von Herrn Vießlich verweigert wurde. Das Gericht verwarf bei drei Angeklagten die Verurteilung und setzte bei einem die Geldstrafe auf 3 Mk. herab. In der Begründung hieß es, es hätte kein Grund vorgelegen, den Dienst zu verlassen. — Solche Verhandlungen gehören nicht zu den Seltenheiten und endigen regelmäßig mit der Verurteilung der Dienstleute. Die mittelalterliche Geinndeordnung macht eben die Dienstboten zu den Sklaven ihrer „Herrlichkeit“ und spricht ihnen das Recht auf antwärtige Beförderung und Behandlung ab. Das wird auch nicht eher anders werden, als bis es der Arbeiterschaft gelungen ist, das preussische Junkerparlament über den Haufen zu rennen.

Ein Polizeiprozess gegen die „Freie Presse“ in Giberfeld beschaffte vier Tage die Giberfelder Strafkammer. Inkriminiert waren zwei Artikel in Nr. 114 und 116 der „Freien Presse“ vom vorigen Jahre. Es handelte sich hauptsächlich um Mißhandlungen, die im Polizeigefängnis vorgekommen sein sollen. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis nicht als erbracht an und verurteilte den verantwortlichen Redakteur Hoffmann zu zwei Monaten Gefängnis.

Ein Verleumdungsprozess beim — Staatsanwalt. Vor der Strafkammer in Posen hatten sich drei polnische Arbeiterfrauen zu verantworten, weil sie ein Quantum Kohle entwendet hatten. Gegen eine der Frauen, die wegen Dieb-

stahls bereits vorbestraft ist, beantragte der Staatsanwalt vier Monate und gegen die beiden anderen je fünf Tage Gefängnis. Während der Verhandlung sprach sich der Staatsanwalt mit dem Richter, der die erste der Angeklagten hervor, in dem sie ihre Verhaftung eingewilligt hatte, entnahm daraus ein Geständnis und schob es durch die Barriere dem zweiten Wahrscheinlich glaubte sie, auf diese im nahen Kustland übliche Weise eine Ermäßigung ihrer Strafe erwirken zu können, weil sie nicht weit von dort zu Hause ist. Das Urteil entsprach dem Antrage des Staatsanwalts. — Öffentlich wird die Frau für ihren dummen Streich nicht etwa mit einer neuen Anklage bedacht.

Aus Nah und Fern.

Ein neuer Mord in Berlin. Im Hause Gerichtstraße wurde gestern die 33jährige Witwe Anna Wiegner in ihrem Bette ermordet aufgefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte die Tat auf den Nachakt eines verstorbenen Liebhabers zurückzuführen und wahrscheinlich schon vor zwölf Tagen geschehen sein. Die Wiegner lebte sehr zurückgezogen und ernährte sich durch Nähen von Kinderanzügen und durch Zimmervermietung. Vermittelte sie auch die Bekanntschaft der 20jährigen Kutscherin Wörber bei ihr, der dort im Hause beschäftigt war. Er wurde stets von der Wiegner gewacht, was sie aber am Mittwoch unterließ. Am Freitag des folgenden Tages fand Wörber einen Zettel in seinem Zimmer mit der Aufschrift: „Wegen Todesfalls meiner Schwester bin ich auf 3 bis 4 Tage verreist Wiegner.“ In den letzten Tagen fiel ihm ein penetranter Geruch auf, der aus der Küche zu kommen schien und immer intensiver wurde. Er benachrichtigte daher den Verwalter des Hauses, der mit Hilfe eines Polizeibeamten die Küche gewaltsam öffnete. Letztere schien in Ordnung zu sein, nur unter dem Bett war eine Blutlache als der Beamte die Oberdecke des Bettes zurückschlug, fand er die Wiegner als Leiche mit Strümpfen, Unterrock und Hemd bekleidet. Das Mordinstrument ist ein sogenanntes Hammerbeil. Die Leiche wies eine 6 Zentimeter lange Kopfwunde auf, sie wurde photographiert und die Wohnung polizeilich geschlossen. Die Ermittlungen nach dem Täter führten bis jetzt zu keinem Resultat. Der aufgefundenen Zettel stammt unzweifelhaft von dem Mörder her. Die Polizei hat 1000 Mk. Belohnung auf die Ergreifung des Mörders ausgesetzt.

Geständnis auf dem Sterbelager. Vor 19 Jahren wurde der Wagemutige Werner von Hubertus hütte (Oberstleutnant) auf dem Wege zwischen Lebensblüthen und Deuthen tot aufgefunden. Neben der Leiche lag ein großer Stein, mit dem der Schädel eingeschlagen worden war, an Halle fanden sich Erdrosselungsmerkmale. Der Mörder konnte nicht ermittelt werden, fünf Personen waren damals zum Teil längere Zeit, in Untersuchungshaft, wurden aber mangels Beweises wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst fand das Verbrechen seine Aufklärung. Der Arbeiter Josef Raab zu Hohenlinde hat auf dem Sterbebett seiner Tochter gestanden, den Werner vor 19 Jahren umgebracht zu haben, weil dieser die Ursache zur Arbeitsentlassung des R. gewesen sein soll. Nebenbei handelte es sich damals auch um ein Mädchen. Die Tochter des inzwischen gestorbenen Raab hat nun den Behörden Anzeige erstattet.

Und „besseren“ Kreisen. Frau Amtsrichter Anna Döhlhoff, die Besitzerin eines Dresdener Damenpensionats, wurde wegen umfangreicher Betrügereien in 70 Fällen verhaftet.

Bettelbrief-Fabrikanten. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, dem Treiben einer Gesellschaft von Bettlern und Schwindlern, die aus Lürken, Griechen und Russen bestand, ein Ende zu bereiten. Die edle Bettlergilde setzte sich, wie wir in Berliner Blätter lesen, aus nachhiebenden Personen zusammen: den 32 und 22 Jahre alten Agenten Jean Smoucas und Georg Kontrois, den 18, 17 und 1 Jahre alten Konstantin Blanka, Spiridon Smoucas und Konstantin Gallios und der 30 Jahre alten Jolisa Nerniska, die die Wirtschaft führte. Mitte Dezember v. J. bekehrte die Bettler, nachdem sie ganz Europa „abgegrast“ hatten, Berlin mit ihrem Besuch. Sie mieteten sich in der Markstraße 17 zwei Stuben und eine Küche. Die beiden Agenten organisierten dann die Bettlerei in Berlin, während die jungen Leute von Haus zu Haus ziehen mußten. Jeder erhielt ein Buch, in dem in polnischer Sprache folgende Sermon zu lesen war: „Ich bin aus dem Städtchen Monastyr in Mazedonien, wo ich nach dem Tode des Vaters eine zahlreiche Familie unterhalten mußte, bestehend aus einer alten Mutter und zwei minderjährigen Schwestern. Unser Vermögen bestand in einem Manufakturwarengeschäft im Werte von 10 000 Rubin. Am 13. November 1904, während des letzten Kampfes der Türken mit den Bulgaren plünderten die Türken unser Haus und vernichteten unser ganzes Hab. Meine zwei älteren Brüder wurden im Kampf getötet, mich aber nahm man gefangen und schnitt mir die Zunge ab. In der Nacht gelang es mir, in das Dorf Arefso zu entfliehen, wo ich am Typhus erkrankte, mein Gehör verlor und taubstum wurde. Unser Land viele, die Hunger leiden. Ich bitte gute, barmherzige Christen um Hilfe und Gott wird es euch hundertfach vergelten.“ Die Fingerringe erweckten überall die größte Mitleid, und die Spenden floßen ihnen so reichlich zu, daß die Agenten bald ein stattliches Konto auf einer Berliner Bank besaßen. Ein Versehen der Leitung war schuld daran, daß der Schwindel entdeckt wurde. Eines Tages meldete sich der junge Blanka bei einer Kommissarin, die kurz vorher sein Gefährt angebetelt hatte. Blanka wurde darauf verhaftet. Auf dem Polizeirevier wurde auch seine „abgeschnittene“ Zunge, friedlich im Mund ruhend, wiederentdeckt. Die Kriminalpolizei belegte darauf die Eingänge des Hauses Markstraße 17 und nahm die anderen Mitglieder der Bettlergesellschaft fest. Die tägliche Einnahme der Gesellschaft betrug bis zu 20 Mk. Die Ermittlungen des Erkennungsdienstes ergaben, daß Spiridon Smoucas schon vor zwei Jahren einmal in Berlin verhaftet, photographiert und gemessen wurde. Damals spielte er die Rolle eines Taubstummen vier Wochen lang. Jetzt hat er Sprache und Gehör wiedergefunden. Die Verdrehen sind dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Verkaufte Rollen im Gerichtssaal. In Giberfeld (Schl.) sollte dieser Tage gegen unseren Genossen Robert Albert aus Breslau wegen Offiziersbeleidigung vor der Strafkammer verhandelt werden. Das erste Urteil, auf dem Wochen Gefängnis lautend, war vom Reichsgericht aufgehoben worden. Vor Eintritt in die Verhandlung spielte sich ein sonst in Gerichtssälen nicht oder nur selten übliche Spiel ab. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon-Breslau, lehnte drei der fünf Richter wegen Befangenheit ab. Diese hörten, so begründete er den Antrag, infolge ihres Verhaltens in der ersten Verhandlung nicht die Gewand, die sie unparteiisch urteilen. Darauf mußten die drei abtreten und in das Nebenzimmer gehen, während der Strafgericht, die man bereits vorrätig hatte, ihre Plätze einnahmen. Nunmehr beantragte der Staatsanwalt Ablehnung des Antrages, weil „keine Entlassung vorgebracht“ seien. In diesen Tatsachen konnte aber der Angeklagte dienen. Doch kam

hatte er sie vorzutragen begonnen, da erklärte der Vorsitzende: Es sei wohl besser, wenn die drei Abgeordneten sich das mit anhörten. Der Staatsanwalt widersprach, aber der Vorsitzende ließ die drei wieder hereinrufen. Und nun waren die Rollen vertauscht: Die in einer Reihe stehenden drei Richter waren die Angeeschuldigten, und der auf der Anklagebank stehende Sozialdemokrat war der Ankläger geworden. Genosse Albert erklärte: In der ersten Verhandlung war der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lössau, schon vor der Verhandlung mit seinem Urteil fertig. Er sagte, nachdem ich den Sachverhalt (ein Offizier v. Wedel hatte durch Prügel eines Hundes einen Menschenauflauf verursacht) vorgetragen: „Na ja, so sagen Sie. Die Beweisaufnahme ergibt aber ein ganz anderes Bild, wie Sie bald sehen werden!“ und wie er so sprach, nickten ihm mehrere Beisitzer, wie es mir schien, zustimmend zu. Auch sonst schienen mir die Herren befangen, namentlich, wenn ich versuchte, an der Richtigkeit der Aussage des Offiziers (der Zeuge und Hauptinteressierter war) zu zweifeln. — Einer nach dem andern von den drei Richtern trat nun vor und sämtlich erklärten sie sich nicht für befangen. Der letzte aber sagte: Es ist richtig, daß ich mit dem Kopfe genickt oder eine ähnliche Bewegung gemacht habe, als der Vorsitzende seinerzeit diese Worte sprach. Aber das sollte keine Zustimmung sein. Im Gegenteil! Ich fand diese Äußerung sehr unvorsichtig und glaube, daß auch die übrigen Beisitzer das empfinden haben. Mit dieser Desavouierung des Vorsitzenden konnte natürlich der Angeklagte zufrieden sein und so nahmen alsbald die drei „Rehabilitierten“ ihre Plätze wieder ein — und der Ankläger ward wieder Angeklagter. Er ward nach fünfständiger Verhandlung, der über 100 Zuhörer bewohnten, aufs neue zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der oben charakterisierte Vorsitzende aber, Landgerichtsdirektor Lössau, ist inzwischen — ein merkwürdiger Zufall — befördert worden: Er ist jetzt Senatspräsident am Oberlandesgericht Marlenwerder.

Um was nicht alles Diplomaten sich zu kümmern haben. Enrico Toselli hatte auf Anregung einer Berliner Konzert-Agentur übernommen, eine Anzahl Konzerte in Deutschland zu geben, u. a. in Berlin und Hamburg. Neulich nun ging durch die Presse die Notiz, daß Toselli wegen des Ablebens seines Schwiegervaters, des Großherzogs Friedrich Franz von Toskana, seine Konzertreise pietätvoll verschoben habe. Jetzt kommt die Nachricht, daß die Konzerte in Deutschland überhaupt nicht stattfinden werden. Die hohe Diplomatie ist der Konzert-Agentur in die Quere gekommen. Man will es nicht dulden, daß Toselli, der ja zum tatsächlichen Hofe in einem etwas seltsamen Verwandtschaftsverhältnis steht, durch Konzerte in Deutschland jenem Hofe Beilichkeiten bereitet. Zweifellos ist der Diplomatie keine würdigere und wichtigere Aufgabe seit langen Jahren erwachsen.

Ein notwendiger Schritt. Der Rotterdamer Handelskammer ist eine von Reedern, Kaufleuten und Agenten der festen Schiffsfahrtslinien unterschriebene Adresse zugegangen, in der erucht wird, bei der holländischen Regierung Schritte zu unternehmen, um der Einfahrt in den Hafen von Hoek in Holland größere Sicherheit zu geben. Die Vorfälle der letzten Zeit hätten gezeigt, daß der neue Schiffsfahrtsweg in den Hafen von Hoek nicht die nötige Sicherheit biete.

Der mittliche Fußknöchel. Über den jüngsten Sieg des öffentlichen Schamgefühls in New-York schreibt, wie wir der Berliner Börsen-Zeitung entnehmen, eine New-Yorker Zeitung: „Früher ließen sich die jungen Damen auf den Staaten-Inland-Fährbooten ohne weitere Vorichtsmaßregeln ihre Schuhe von den „Shine“-Jungens in den Kajüten putzen; ganz schamlos stellten sie ihre Fußknöchel zur Schau und hier und da lugte unter dem weißen Spitzenaum des Unterröckchens auch eine ziemlich geformte Wade hervor. Und erdrönd schauten dies die jungen Herren, schmunzelnd die alten. Jetzt ist es anders geworden. Jemand hat sich beschwert, jemand, dem nicht alles rein ist, und jetzt müssen die Stiefelputzer große Klammern bei sich haben, mit denen sie den Rock der betreffenden jungen Dame seit an das Bein fesseln, dadurch jede Sehenswürdigkeit den Augen des Publikums verbergend. Die Moral ist getretet.“

Schneesturm in New-York. Am 24. Januar wütete in New-York ein starker Nordweststurm, der so ungeheure Schneemassen mit sich führte, daß in kurzer Zeit die Straßen mit 9 Zoll tiefem Schnee bedeckt waren. Der gesamte Straßenhandel wurde zum Stillstand gebracht und das Elend der Arbeitslosen noch vergrößert. Ein Mann irrte auf der Straße. Der Verkehr ist fast vollständig ins Stocken geraten. In Portland (Maine) brach Feuer aus, das, durch den Sturm angefacht, rasch um sich griff und in dem Zeitraum einer halben Stunde auf das Stadt- und das Drachhausgebäude sowie das Baltimore-Gebäude überging, die vollständig zerstört wurden. Der

hierdurch entstandene Schaden wird auf eine Million Dollars beziffert; im Stadthause ist durch den Brand auch eine große Anzahl von Dokumenten vernichtet worden, die einen unerschätzbaren Wert hatten. Auch ein Fabrikgebäude wurde von dem entseelten Element erfaßt. Bei den Löscharbeiten wurden fünf Feuerwehrleute durch den Sturm von dem Dache des Fabrikgebäudes auf die Straße geschleudert, wo sie tot liegen blieben; der Leiter des Feuerlöschwesens, der an der Brandstelle zugegen war, erlitt einen Schädelbruch. Der Schneesturm zog auch den Thaw-Prozess in Mitleidenenschaft; die Verhandlung mußte nämlich vertagt werden, weil der Dampfer „Adriatic“ der White Star Linie, der eine größere Anzahl von Zeugen an Bord hatte, wegen des Sturmes nicht in den Hafen einlaufen konnte.

Standesamtliche Nachrichten

vom 19. bis 25. Januar 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

29. November. Schiffer O. Schröter.
9. Januar. Restaurateur J. H. Wiese. 12. Arbeiter F. D. Maack. 13. Kaufmann A. R. G. Waedow. 15. Flussschiffer J. M. S. Stühff. Eisenbahn-Bureau-Expedient J. A. D. Bredfeldt. 17. Katastergeometer B. K. Hanke. Maurerpolier W. C. S. Penkin. 18. Arbeiter F. L. Glasohn. Maler E. C. F. W. Lautenbach. Werkmeister E. S. W. Hartleb. Arbeiter W. F. J. Siemjs. 19. Telegraphenarbeiter W. J. C. Runge. Metzger F. Krause. 20. Arbeiter F. P. Schramm. Ofenheizer E. F. W. Lehmann. Weichensteller J. F. S. Jürch. 21. Hotelier S. F. J. Harringer. Arbeiter W. A. F. Winkelmann. 22. Arbeiter E. C. A. Denzin. 24. Apotheker und Chemiker Dr. phil. Emil Heine. Stülcken. Arbeiter E. J. Müller. 25. Arbeiter E. J. Th. Laß. Schmied F. A. Liß.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

12. Januar. Seizer A. Block. 14. Arbeiter B. A. C. Wöde. 15. Kaufmann A. F. J. Wendland. 16. königlicher Oberleutnant im 3. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 162, A. R. L. J. Bland. 17. Schuhmachermeister F. S. Beckmann. Lokomotivheizer M. F. L. Haack. 18. Klempner und Mechaniker F. J. S. Stamer. 19. Arbeiter J. J. S. Garmis. Arbeiter A. Krenski. Arbeiter S. Chr. Wühr. 20. Uhrmacher J. Fischbacher. Buchhalter J. G. K. Rabermann. Seizer M. F. Grige. 22. Lehrer J. W. Drews. Rütcher A. G. C. Spehr. 23. Arbeiter S. D. E. R. Reich. Hafensarbeiter L. J. S. Hey.

Ungeordnete Aufgebote.

20. Arbeiter J. J. S. Thielsen und A. J. L. Schmahl. Arbeiter J. Laßewski in Hohenock und M. Siminski in Klein-Lasewo. Konditor W. R. R. D. Wendt und S. C. M. Reinecke, beide Kiel. Bäcker M. S. Postedt und W. J. F. Born. 21. Schlosser E. W. B. Hafe in Kiel-Gaarden und M. Th. H. Arv in Ellerbet. 22. Geschäftsführer R. C. Schumann in Hamburg und A. M. Th. Köhn. Kaufmann S. C. A. Schwarzkopf und A. C. E. Bernstein. Rat am Stadt- und Landamt Dr. jur. F. A. Linde und J. J. C. Gelsenhof. 23. Musiker J. G. R. Senfardth und R. Schauble in St. Gallen. Postbote L. F. W. Frank und A. A. J. Klempau in Hamburg. Telegraphenarbeiter S. S. F. Wilken und E. A. M. R. M. Frengel. Pastor Dr. phil. H. A. M. in Schilligheim und M. E. Kolz. Kaufmann W. Th. J. Govers und E. A. C. Lenschow. Bantbeamter E. J. Beyer und Th. L. Stehn. Eisenbahn-Diätar E. F. J. Köster und J. A. L. Lembke in Neustrelitz. 24. Maurer N. Jönsson und M. C. E. Stäcker gen. Jendel. 25. Kaufmann J. S. S. Hagen und die geschiedene J. M. R. Hagen geb. Lissau. Schneider W. S. S. Kähler und M. Werner.

Gleichschickungen.

24. Januar. Kaufmann B. F. Stolz in Hamburg und A. M. S. Zahn. 25. Geschäftsführer R. C. Schmidt und M. S. C. Deutin. Schuhmacher F. C. A. Laufer und B. M. C. Kuhlmann. Former A. S. W. Plambek und M. M. Feldt. Arbeiter F. J. D. Breiholz und F. C. F. M. C. Möller. Maschinenschlosser F. R. A. D. Driemer und E. A. S. Unter. Arbeiter S. C. F. Möller und M. A. L. Bruck. Streckenarbeiter J. S. L. Blomberg und E. M. M. Helm. Buchbinder F. F. S. M. R. Werding und J. R. B. Voget. Tischler J. A. W. S. Knapp und J. M. J. Wüning in Stöckelsdorf. Brauer D. Teufel und E. S. A. Scharbau. Bureaubeamter S. W. S. Ebel und die geschiedene A. C. L. Rombach geb. Burmeister. Former B. A. Goet und M. M. C. Ziel. Arbeiter J. S. F. Scheel und F. C. A. Holt. Schiffsoffizier S. F. W. Tesenitz und F. W. Westfeling. Müller A. S. J. L. Schwed und J. M. S. Dittmann, beide in Selmsdorf.

Sterbefälle.

28. Dezember. Telegraphengehilfe R. R. Kröger, 21 J. (Hamburg).
17. Januar. A. M. C. geb. Kohlhaas, Witwe des F. P. S. Lenchow, 78 J. 18. S. A. geb. Koerner, Ehefrau des verstorbenen F. R. Bauerfeld, 70 J. Ein toter Knabe, W.: Bierfahrer F. C. C. Bries. J. G. F. Alvert, 88 J. 19. F. J. Petersen, 6 1/2 M. (Vorwerk). S. L. S. Th. geb. Wolter, Witwe des Kaufmanns F. F. L. Schulze, 86 J. A. M. D. geb. Ohlert, Witwe des Maurers C. J. F. Henden, 61 J. R. A. J. Grebe, 98 J. 7 M. 20. Viehhändl. J. S. F. Meyer, 63 J. Arbeiter W. S. S. Reher, 41 J. Böttchermeister E. S. Klese, 64 J. C. M. C. geb. Fleckbohn, Witwe des Arbeiters S. J. F. Paserbier, 78 J. R. D. C. S. Wulff, 1 J. 7 M. A. S. L. Berndt, 2 J. 9 M. R. W. geb. Scheel, Ehefrau des Arbeiters F. S. Meins, 64 J. 21. M. C. geb. Böding, verw. David, Ehefrau des Dienstmanns C. S. E. Kuchel, 53 J. C. F. geb. Haß, Ehefrau des verstorbenen Schneiders F. W. G. Erfurth, 49 J. A. C. F. geb. Schumacher, Witwe des Schuhmachers W. J. S. G. Frederksdorf, 82 J. Kaufmann C. Chr. Friedrich Schmalz, 65 J. Werner Friedrich Hermann Saueracker, 12 Tage. 22. Tischler C. F. Gwert, 61 J. C. C. geb. Brügge-mann, Witwe des Schuhmachers J. S. L. Schulze, 73 J. Musketier S. Th. Hansen, 20 J. Arbeiter S. C. J. Jung: Haß, 38 J. 23. Eisendreher C. S. F. Dieß, 19 J. C. C. M. geb. Dümpe, Ehefrau des Milchhändlers S. F. L. Schwarz, 60 J. A. C. C. geb. Vogt, Ehefrau des Arbeiters S. Th. M. Wiek genant Ehlers, 39 J. D. C. Dörr, 8 M. 24. Th. C. C. geb. Quatmann, Ehefrau des Privatmannes S. J. B. Blöß, 64 J. Ein toter Knabe, W.: Arbeiter S. Th. F. Govers. Händler R. J. F. Luckmann, 61 J. C. C. M. geb. Kelling, Ehefrau des Zimmermannes W. F. F. Wiek, 23 J. Arbeiter F. S. S. Harns, 44 J. Frl. heren Fabrik-Klempner J. L. Th. Haaren, 86 J. 25. Zimmermann J. C. S. S. S. 75 J.

Humoristisches.

Das auch noch. Autor (als bei der Premiere das Stück im Durchfallen ist): „Diese böshafte Kerle müssen heute auch noch recht deutlich sprechen!“

Therapie. Mein Mann, Herr Doktor, kann nicht schlafen. Wohl zwanzigmal frag' ich ihn in der Nacht, ob er schon schläft, und immer antwortet er nein!“

„Das ist schlimm! Ruhe muß er haben. Ich werde Ihnen ein Schlafpulver verschreiben.“

(fliegende Blätter.)

Der Gelehrte. „Warum ist denn die junge Frau des Professors ihrem Mann eigentlich durchgebrannt?“ — „Weil er, anstatt des Seelenlebens seiner Frau, das der Matrifaker studiert hat!“

(fliegende Blätter.)

Ich, Papa, willst Du mir nicht eine Trommel kaufen?“ — „Nein; ich befürchte, Du wirst mich mit dem Lärm stören.“ — „Nein, Papa, gewiß nicht; ich werde nur trommeln, wenn Du schläfst!“

(Antwort.)

Der Vereinsmeier. „Da sitzt nu' so 'n Mitglid von unser'm Schwimklub friedlich mit dem Schriftwart von unser'm Turnverein und dem Hauptmann von unser' Feuerwehr an einem Tisch! Sag' ich nu': „Jut Naß!“ — „Jut Heil!“ — „Jut Schlauch!“ oder sag' ich bloß: „Juten Abend, meine Herrn!““

Literarisches.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 17. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: David Friedrich Strauß — Die Polenpolitik der Regierung und die Klasseninteressen des deutschen Proletariats. Von K. — Die Gewitterwolken in Bulgarien. Von einem Bulgaren. — Wirtschaftliche Rundschau. Von Rudolf Hiferding. — Literarische Rundschau. Ferdinand Jakob Schmidt, Zur Wiedergeburt des Idealismus. Von F. M. Heinrich Freese, Bodenreform! Von Julius Deutsch, Max Duarck, Die deutschen Straßenbahnen und ihre Arbeitsverhältnisse. Von E. D. Zum Studium der Schulpolitik. Von H. sch. Elisabeth Gnauck-Kühne, Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende. Von Therese Schiesinger. — Notizen: Die Umwälzung der Flaschenindustrie. Von Stephan Heise. Das Bäckereigesetz in Finnland. Von M. Martua. Die Verelendung des russischen Volkes. Von K. — Zeitschriftenchau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,

sowie deren Kolporteurs und Austräger.